



*Titelseite: Seit über
hundert Jahren tragen die
amerikanischen Wähler im
Wahlkampf Anstecknadeln am
Revers, mit denen sie für "ihre"
Parteien oder Kandidaten
werben. Dies zeigt, wie lebhaft
der Präsidentschaftswahlkampf
geführt wird.*

*Gegenüberliegende Seite:
Das Weiße Haus,
Washington D.C.*

INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 2** **DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN**
von John F. Bibby
- Seite 7** **DIE NOMINIERUNG ALS PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT UND
DIE AMERIKANISCHE DEMOKRATIE**
von Stephen J. Wayne
- Seite 12** **DAS AMERIKANISCHE WAHLVERFAHREN**
von Michael W. Traugott
- Seite 16** **WICHTIGE TERMINE IM WAHLJAHR 2004**
- Seite 18** **DIE WAHLEN ZUM KONGRESS**
von John H. Aldrich
- Seite 23** **UMFRAGEN, EXPERTEN UND DIE WAHLEN 2004**
von John Zogby
- Seite 27** **DER STAND DER WAHLKAMPPFINANZIERUNG**
von Joseph E. Cantor
- Seite 31** **POLITISCHES LEXIKON**
Ein Glossar zu den Wahlen
- Seite 33** **BIBLIOGRAFIE UND WEBSITES**

CHEFREDAKTEUR:

George Clack

REDAKTEUR:

Paul Malamud

ART-DIRECTOR/ LAYOUT:

Thaddeus A. Miksinski, Jr.

PHOTOREDAKTEURIN:

Joann Stern

RECHERCHE:

Lorna Dodt

Anita Green

Bilder: Von links nach rechts durch Semikolon, von oben nach unten durch Gedankenstrich getrennt. **Alle Bilder mit freundlicher Genehmigung des BUREAU OF PRINTING AND ENGRAVING.**
Titelseite und Innenseite des Titels: Mit freundlicher Genehmigung von NEW YORK HISTORICAL SOCIETY. 2: © HULTONARCHIVE BY GETTY IMAGES. 3: © HULTONARCHIVE BY GETTY IMAGES. 4: © HULTONARCHIVE BY GETTY IMAGES (4). 5: © HULTONARCHIVE BY GETTY IMAGES (3). 7: © GETTY IMAGES. 8: KRAUSE PUBLICATIONS (2); © BETTMANN/CORBIS. 9: © REUTERS. 10: (GEORGE BUSH); © STEPHEN CROWLEY/THE NEW YORK TIMES. 11: © CORBIS; KRAUSE PUBLICATIONS (2). 12: REPUBLISHED WITH PERMISSION OF THE GLOBE NEWSPAPER COMPANY, INC. – © VINCENT LAFORET/THE NEW YORK TIMES. 13: © REUTERS; © SHANE YOUNG/THE NEW YORK TIMES – © SUZANNE DECHILLO/THE NEW YORK TIMES – © ANDREW ITKOFF/THE NEW YORK TIMES – © ROB CRANDALL/THE IMAGE WORKS. 14: © JENNI GIRTMAN/ATLANTA JOURNAL CONSTITUTION – © JIM WEST/THE IMAGE WORKS. 15: © AFP/CORBIS. 16-17: RICHARD ANDERSON. 23: AP/WIDE WORLD PHOTOS – © DOUG MILLS/THE NEW YORK TIMES. 25: © DOUG MILLS/THE NEW YORK TIMES; AP/WIDE WORLD PHOTOS (3). 26: AP/WIDE WORLD PHOTOS – © AFP/CORBIS. 27: © CORBIS – © BETTMANN/CORBIS – © PHILIP JONES GRIFFITHS/MAGNUM PHOTOS. 28 © GETTY IMAGES. 29: © BOB DAEMMRICH/THE IMAGE WORKS (2) 30: © BROOKS KRAFT/CORBIS – COURTESY MEET THE PRESS (2). 31: © PAUL HOSEFROS/THE NEW YORK TIMES – © REUTERS. 33: AP/WIDE WORLD PHOTOS – © REUTERS – © MARK PETERSON/CORBIS SABA. 34: AP/WIDE WORLD PHOTOS. 37: (GEORGE BUSH PORTRAIT); © NAJLAH FEANNY/CORBIS SABA.
Rückseite: Mit freundlicher Genehmigung der NEW YORK HISTORICAL SOCIETY.

US-WAHLEN 2004

Diese Broschüre gibt einen allgemeinen Überblick über das amerikanische Wahlsystem und spricht Leser an, die mit den amerikanischen Wahlverfahren und Traditionen nicht vertraut sind. Für "US-Wahlen 2004" haben wir sechs Experten – die meisten von ihnen Politikwissenschaftler – gebeten, wesentliche Aspekte der kommenden Wahlen einem internationalen Publikum zu erläutern, das seine jeweilige Regierung vielleicht auf eine andere Art wählt.

John F. Bibby eröffnet die Diskussion mit einer Betrachtung der Rolle der politischen Parteien im amerikanischen System. Parteien sind in der amerikanischen Verfassung von 1789 nicht erwähnt. Sie haben sich jedoch seit ihrer Entstehung Anfang des 19. Jahrhunderts zu einem Stützpfiler der amerikanischen Demokratie herausgebildet. Manche Beobachter sind der Auffassung, dass die Stabilität der amerikanischen Regierungsform zum großen Teil auf der Tatsache beruht, dass zwei Parteien seit über einem Jahrhundert dominieren.

Als Nächstes erklärt Stephen J. Wayne den langen Präsidentschaftswahlkampf und im Besonderen den Nominierungsprozess. Wiederum sind einige wichtige Elemente des amerikanischen Systems – Nominierungsparteitage und Vorwahlen – in der Verfassung nicht vorgesehen, sondern sind Ergebnisse historischer Entwicklungen aus den Anfangsjahren der amerikanischen Republik. Michael W. Traugott beschreibt dann im Einzelnen, wie die Wahlinstitutionen Fairness gewährleisten, indem er die Verfahren der Wählererfassung, der Wahlzettelgestaltung und der Wahlauszählung erläutert.

John H. Aldrich erinnert uns daran, dass es 2004 um mehr geht, als nur um die Wahl eines Präsidenten. Alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus und ein Drittel der 100 Sitze im Senat stehen zur Wahl. Außerdem werden überall in Amerika Gouverneure, Bürgermeister

und Parlamente der Bundesstaaten gewählt. Noch interessanter werden die Wahlen, da im amerikanischen System eine Partei ins Weiße Haus einziehen und gleichzeitig eine andere die Kontrolle über eine oder beide Kammern des Kongresses übernehmen kann.

Im Gegensatz zu parlamentarischen Systemen werden in den Vereinigten Staaten die Exekutive und Legislative unabhängig voneinander gewählt.

Schließlich untersuchen wir zwei Aspekte, die im modernen Wahlprozess entscheidend geworden sind: Meinungsumfragen und Wahlkampffinanzierungsgesetze. Meinungsforscher John Zogby vertritt die Ansicht, dass Meinungsumfragen den Kandidaten nützen können, um Themen zu bestimmen, die den Wählern wichtig sind; jedoch können sie falsch angewandt und fehlinterpretiert werden, wenn man versucht, den Ausgang von Wahlen vorherzusagen. Joseph E. Cantor liefert im Weiteren eine prägnante Erläuterung der komplizierten Gesetze, die Zuwendungen und Ausgaben bei amerikanischen Wahlen regeln – 607 Millionen Dollar wurden allein bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 2000 ausgegeben. Bei der Regulierung des Wahlkampfs stoßen zwei Grundwerte der Amerikaner aufeinander: die Redefreiheit, wie sie im ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung garantiert ist, und die Gewährleistung eines fairen und offenen Kampfes für alle Kandidaten.

Wie mehrere unserer Autoren anmerken, ist das Markenzeichen des amerikanischen Wahlsystems seit Jahrhunderten seine grundlegende Stabilität; eine Stabilität, die auch die Notwendigkeit von Modernisierung und Wandel berücksichtigt. Wir hoffen, dass diese Broschüre den Lesern aus aller Welt eine nützliche Orientierungshilfe sein wird, um den historischen Zusammenhang und die Besonderheiten des gegenwärtigen Wahlkampfs zu verstehen.



DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

VON JOHN F. BIBBY



George Washington, Föderalist (Präsident 1789-1797)

Unten: Spruchband der Grand National Republican Party von 1880 mit den Porträts des (erfolgreichen) Präsidentschaftskandidaten General James A. Garfield und seines vorgeschlagenen Vizepräsidenten Chester A. Arthur



Als die Gründer der amerikanischen Republik 1787 die Verfassung der Vereinigten Staaten ausarbeiteten, schufen sie eine staatliche Ordnung, in der Parteien keine Rolle spielten. Durch verschiedene verfassungsrechtliche Bestimmungen – wie Gewaltenteilung, gegenseitige Kontrolle und gemeinsame Verantwortung von Kongress und Regierung (*checks and balances*), Föderalismus sowie die indirekte Wahl des Präsidenten durch ein Wahlmännerkollegium – versuchten sie sogar, die politischen Parteien und Gruppierungen aus dem neuen Staatswesen herauszuhalten.

Trotz dieser Absichten der Gründer waren die Vereinigten Staaten 1800 das erste Land, in dem landesweit organisierte Parteien entstanden und die Regierungsgewalt durch Wahlen von einer politischen Gruppierung auf die andere überging.

DAS ENTSTEHEN UND DIE VORMACHTSTELLUNG POLITISCHER PARTEIEN

Das Entstehen politischer Parteien war eng verknüpft mit der Ausweitung des Wahlrechts, als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Bindung des Stimmrechts an Grundbesitz entfiel. Angesichts der nun stark angewachsenen Wählerschaft benötigte man ein

Mittel, um Wählermassen zu mobilisieren. Um dieses wesentliche Ziel zu verwirklichen, wurden Parteien als politische Institutionen gegründet. Die amerikanischen Parteien entstanden so im Zuge dieser demokratischen Revolution, und sie waren in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts bereits ein fester Bestandteil der politischen Landschaft.

Heute wird das politische Geschehen völlig von der Republikanischen und der Demokratischen Partei beherrscht. Fast 60 Prozent aller Amerikaner betrachten sich entweder als Republikaner oder Demokraten, und selbst die Unabhängigen beziehungsweise nicht Parteigebundenen tendieren normalerweise zu einer der Parteien und zeigen ein hohes Maß an Parteitreue. So stimmten zum Beispiel bei den fünf Präsidentschaftswahlen zwischen 1980 und 1996 75 Prozent der zu den Republikanern oder den Demokraten tendierenden Unabhängigen für den von ihrer favorisierten Partei nominierten Präsidentschaftskandidaten. Im Jahr 2000 stimmten 79 Prozent der zu den Republikanern tendierenden Unabhängigen für den Republikaner George W. Bush, wohingegen 72 Prozent der zu den Demokraten tendierenden Unabhängigen ihre Stimme für den Kandidaten der Demokraten, Al Gore, abgaben.

Der allgegenwärtige Einfluss der Parteien schließt auch die Regierungspartei mit ein. Die beiden großen Parteien dominieren das Präsidentenamt, den Kongress, die Gouverneursämter und die Parlamente der Bundesstaaten. Alle Präsidenten seit 1852 waren entweder Republikaner oder Demokraten, und in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg entfielen auf die großen Parteien im Durchschnitt 94,8 Prozent der bei den Präsidentschaftswahlen abgegebenen Stimmen.

Nach den Wahlen zum Kongress und den Kommunalwahlen im Jahr 2002 gab es unter den 100 Mitgliedern des amerikanischen Senats nur einen einzigen unabhängigen Senator, und nur 2 der 435 Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses waren unabhängig. Auf der Ebene der Bundesstaaten waren alle 50 Gouverneure entweder Republikaner oder Demokraten, und nur 21 (0,003 Prozent) der über 7.300

Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesstaaten waren weder Republikaner noch Demokraten. Das Zweiparteiensystem bestimmt die Regierung sowohl auf der Ebene des Bundes als auch auf der der Bundesstaaten.

Obwohl die amerikanischen Parteien in ideologischer Hinsicht weniger in sich geschlossen und weniger programmatisch sind als die Parteien in vielen anderen Demokratien, prägen sie doch das politische Geschehen entscheidend. Seit den Wahlen 1994 zeigen sich bei den Republikanern und Demokraten im Kongress deutliche politische Unterschiede im Vergleich zur historischen Norm sowie ein ungewöhnlich hohes Maß an innerparteilicher Geschlossenheit. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien werden im Kontext der alle zwei Jahre stattfindenden Kongress- und Senatswahlen ausgetragen, die das echte Potenzial zu einem parteipolitischen Machtwechsel in Repräsentantenhaus und Senat bergen. Die Kombination von politischer Spaltung und intensivem Wettbewerb um die Kontrolle der Kammer hat in den letzten Jahren zu einer äußerst aufgeheizten Atmosphäre parteipolitischer Konflikte im Senat und Repräsentantenhaus geführt. Und im Vorfeld der Wahlen 2004 führen die Kongressabgeordneten beider Parteien und die Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten ebenso wie die Bush-Administration eine Reihe von Schachzügen durch, um sich einen Vorteil bei den Wahlen zu verschaffen.

WARUM EIN ZWEIPARTEIENSYSTEM?

Eines der herausragendsten und beständigsten Merkmale des politischen Systems ist der Konkurrenzkampf zwischen den beiden großen Parteien. Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts beherrschen Republikaner und Demokraten den Wahlkampf und die Politik. Diese konkurrenzlose Bilanz der Monopolisierung der Wahlkampfpolitik durch dieselben beiden Parteien ist Ausdruck gewisser struktureller Eigenheiten des politischen Systems sowie besonderer Merkmale der amerikanischen Parteien.

In den Vereinigten Staaten gilt bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Organen des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten das Mehrheitswahlrecht (*single-member district system*) – das heißt, gewählt ist, wer die Stimmenmehrheit (also die größte Anzahl von Stimmen in dem jeweiligen Wahlbezirk) auf sich vereinigt. Im Gegensatz zum Verhältniswahlrecht kann nach dem Mehrheitswahlrecht in jedem Wahlkreis immer nur eine Partei gewinnen. Dieses System stellt somit einen Anreiz dar, zwei Parteien mit einer breiten Basis zu bilden, die dann für den Wähler attraktiv genug sind, in den Wahlkreisen Mehrheiten zu erzielen, wodurch kleinere Parteien oder eine dritte Partei praktisch fortwährend zum Scheitern verurteilt sind – also kein Rezept für Langlebigkeit, es sei denn, sie schließen sich einer der großen Parteien an. Der Anschluss an eine der großen Parteien ist für die meisten kleineren Parteien jedoch keine Alternative, weil alle außer einer Handvoll von Bundesstaaten so genannte Fusionen verbieten, bei denen der Bewerber für mehr als eine Partei kandidiert.

Ein weiterer institutioneller Anstoß in Richtung Zweiparteiensystem geht von dem System des Wahlmännerkollegiums für die Präsidentschaftswahl aus. Unter dem System des Wahlmännerkollegiums wählen die Amerikaner technisch gesehen die Kandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf nicht direkt. Stattdessen stimmen sie in jedem Bundesstaat für eine Kandidatenliste von „Wahlmännern“, die sich dem einen oder anderen Präsidentschaftskandidaten verpflichtet haben. Um zum Präsidenten gewählt zu werden, benötigt man die absolute Mehrheit der Stimmen der insgesamt 538 Wahlmänner aus den 50 Bundesstaaten. Diese Bedingung macht es einer dritten Partei äußerst schwer, die Präsidentschaft zu erringen, weil die Wahlmännerstimmen der einzelnen Bundesstaaten nach einem System vergeben werden, das dem Wahlsieger alle Stimmen zuerkennt (*winner-take-all*). Das heißt, der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen in einem Bundesstaat erhält – selbst wenn es nur eine knappe Mehrheit ist – erhält alle Wahlmännerstimmen eines Bundesstaates. Ebenso wie

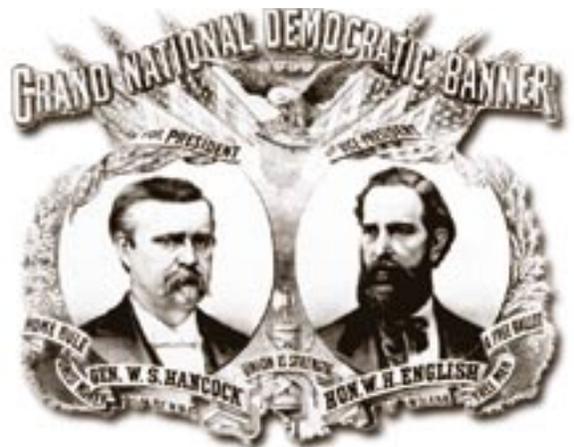
das Mehrheitswahlrecht benachteiligt auch das Wahlmännerkollegium dritte Parteien, denn sie haben kaum eine Chance, die Wahlmännerstimmen eines Bundesstaats zu bekommen, geschweige denn, genügend Staaten für die Wahl des Präsidenten hinter sich zu bringen.

Da die Republikaner und Demokraten den Staatsapparat kontrollieren, überrascht es auch nicht, dass sie noch weitere die großen Parteien begünstigende Wahlvorschriften geschaffen haben. Allein den Namen einer neuen Partei in einem Bundesstaat auf den Stimmzettel zu bringen, kann ein mühsames und kostspieliges Unterfangen sein. So ist zum Beispiel nach den Wahlzulassungsbestimmungen des Bundesstaates North Carolina eine Petition mit 58.842 Unterschriften erforderlich, damit eine neue Partei die Namen ihrer Präsidentschaftskandidaten überhaupt auf den Stimmzettel für die Wahlen 2004 setzen kann. Daneben gewährt das Bundeswahlkampfgesetz (*Federal Election Campaign Act*) den großen Parteien noch besondere Vergünstigungen, unter anderem sehr viel mehr öffentliche Gelder zur Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes als es kleineren Parteien zur Verfügung stellt – selbst denjenigen, die bei der letzten Wahl die 5-Prozent-Hürde überschritten haben.

Das charakteristische amerikanische Nominierungsverfahren ist ein weiteres strukturbedingtes Hindernis für dritte Parteien. Unter allen Demokratien dieser Welt sind die Vereinigten Staaten das einzige Land, in dem Vorwahlen zur Nominierung der Kandidaten der Parteien für Staatsämter in den Bundesstaaten und im Kongress abgehalten werden und wo in den einzelnen Bundesstaaten Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen zur Nominierung der jeweiligen Präsidentschaftskandidaten stattfinden. Bei dieser Art von Nominierungssystem wählt die Masse der Anhänger einer Partei in einer Vorwahl den von ihrer Partei für die allgemeine Wahl nominierten Kandidaten aus. In den meisten Ländern werden die Kandidaten von den Parteiorganisationen und deren Vorsitzenden aufgestellt. Aber in den Vereinigten Staaten liegt die Entscheidung darüber, wer von den Republikanern und

Demokraten nominiert wird, letztlich beim Wähler.

Dieses System trägt natürlich auch dazu bei, dass in den Vereinigten Staaten die internen Parteiorganisationen schwächer ausgebildet sind als in den meisten anderen demokratischen Staaten. Dieser auf Mitwirkung der Wähler angelegte Nominierungsprozess hat auch dazu beigetragen, dass Republikaner und Demokraten seit 150 Jahren die Wahlkampfpolitik dominieren. Wenn sie bei den Vorwahlen von einer Partei nominiert werden, können auch Parteirebellen ihren Namen auf den Stimmzettel für die allgemeinen Wahlen setzen lassen, ohne dass sie dazu eine dritte Partei gründen müssen und können so ihre Chancen auf einen Wahlsieg verbessern. Daher sind in beiden großen Parteien durch den Vorwahl- und Nominierungsprozess auch abweichende Meinungen



vertreten, und Dissidenten stehen nicht vor der schwierigen Aufgabe, eine dritte Partei zu gründen. Natürlich macht das System der Vorwahlen zur Nominierung der Kandidaten die beiden großen Parteien auch außerordentlich durchlässig, und gelegentlich werden sie von einigen gesellschaftlichen „Randbewegungen“ und „Außensteiterkandidaten“ durchdrungen.



John Adams,
Föderalist
(1797-1801)

Unten:
Spruchband der
Grand National
Democratic Party von
1880 mit den Porträts
der Präsidentschafts-
kandidaten dieser
Partei.



Thomas Jefferson,
Demokratisch-
Republikanische Partei
(1801-1809)

Von oben nach unten:
Plakat für die Kandidatur
des Republikaners John
Fremont und seines
Vizekandidaten William
Drayton von 1856.
Deckblatt der Noten für
den Republican Two-
Step, komponiert für den
Präsidentschaftskandi-
daten William McKinley.
Wahlposter der Republican
Party mit Ulysses S. Grant
und seinem Vizekandidaten
Schuyler Colfax für die
Wahl im Jahr 1868.
Republikanisches Poster
für die Wahl des Jahres
1860 mit Abraham Lincoln
und seinem Vizekandidaten
Hannibal Hamlin.



James Madison,
Demokratisch-
Republikanische Partei
(1809-1817)

BREITE BASIS IN DER WÄHLERSCHAFT UND POLITISCH IN DER MITTE ANGESIEDELT

Die amerikanischen Parteien finden breite Unterstützung in allen Gesellschaftsschichten. Mit Ausnahme der afroamerikanischen Wähler – von denen bei den Wahlen 2000 90 Prozent für den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten stimmten – rekrutieren sowohl die Republikanische als auch die Demokratische Partei erhebliche Teile ihrer Gefolgschaft aus praktisch allen wichtigen sozioökonomischen Gruppen der Gesellschaft. Obwohl man generell davon ausgehen kann, dass beispielsweise Gewerkschaftsmitglieder Demokraten wählen, können die Republikaner doch bei den meisten Wahlen damit rechnen, dass sie mindestens ein Drittel der Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder erringen, und 1984 erhielt die Partei 46 Prozent dieser Stimmen. Im Jahr 2000 wählten 37 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Republikanische Partei. Obwohl die Unterstützung für die Demokraten mit steigendem Einkommen normalerweise abnimmt, können demokratische Präsidentschaftskandidaten für gewöhnlich auch auf beträchtliche Unterstützung von Wählern der oberen Mittelklasse zählen. Im Jahr 2000 erhielt beispielsweise der Kandidat der Demokraten, Al Gore, 43 Prozent der Stimmen von Wählern mit einem Jahreseinkommen von über 100.000 Dollar.

Politische Parteien in den Vereinigten Staaten haben einen relativ geringen Grad an innerer Geschlossenheit und sind keine strikten Anhänger einer bestimmten Ideologie oder festen politischen Richtung. Vielmehr ging es ihnen immer in erster Linie darum, Wahlen zu gewinnen und die Führungspositionen im Staat zu kontrollieren. Da sie ihre Wähler aus allen sozioökonomischen Schichten rekrutieren und sich innerhalb einer Gesellschaft bewegen müssen, die ideologisch im Wesentlichen in der Mitte an-

gesiedelt ist, vertreten die amerikanischen Parteien vornehmlich eine Position der Mitte. Sie weisen darüber hinaus auch ein hohes Maß an politischer Flexibilität auf. Dieser nichtdoktrinaire Ansatz erlaubt es Republikanern wie Demokraten, bei ihren Parteimitgliedern sehr unterschiedliche Meinungen zu tolerieren und hat dazu beigetragen, dass sie dritte Parteien und Protestbewegungen absorbieren konnten, wann immer diese auftraten.

DEZENTRALISIERTE PARTEIEN

Man muss immer wieder betonen, wie sehr die amerikanischen Parteien durch stark dezentralisierte Machtstrukturen charakterisiert sind. Historisch gesehen kann bei der regierenden Partei der jeweilige Präsident nicht davon ausgehen, dass die Abgeordneten seiner Partei im Kongress sein Programm loyal unterstützen werden; ebenso wenig können die Parteiführer im Kongress erwarten, dass die Mitglieder ihrer Partei bei der Abstimmung strikt der Parteilinie folgen. Innerhalb der Parteiorganisation operieren bei den Republikanern wie bei den Demokraten die Wahlausschüsse für die Kongress- und Senatswahlen (die aus den gewählten Mitgliedern bestehen) völlig autonom von der auf die Präsidentschaft ausgerichteten nationalen Parteiführung – den nationalen Ausschüssen der Republikaner und Demokraten. Abgesehen von einem begrenzten Einfluss auf die Verfahren zur Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag mischen sich die nationalen Parteiorganisationen selten in die Angelegenheiten der Partei in den einzelnen Bundesstaaten ein.

Diese organisatorische Zersplitterung ist zum Teil auch die Folge der in der Verfassung verankerten Gewaltenteilung zwischen der Legislative, Exekutive und Judikative der Regierung, wobei jede mit einem anderen Verfahren gewählt wird, unterschiedliche Amtszeiten hat und alle unabhängig voneinander sind. Dieses System der Gewaltenteilung bietet den Abgeordneten nur wenig Anreiz, sich geschlossen hinter ihren Parteivorsitzenden zu stellen. Dies gilt allgemein, ob wir über die Kongressabgeordneten und einen Präsidenten aus ihrer eigenen Partei sprechen oder ähnliche Bezie-

hungen zwischen den Abgeordneten eines Bundesstaates und einem Gouverneur.

Der Verfassungsgrundsatz des föderalen Staatsaufbaus, der ein gestaffeltes System von Regierungen auf Ebene des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen geschaffen hat, führt zu einer weiteren Dezentralisierung der Parteien, indem er Tausende von separaten Wahlkreisen – ebenfalls auf Ebene des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen – schafft, jeder mit seinen eigenen Amtsträgern. Wie bereits erwähnt, schwächt auch die Durchführung von Vorwahlen zur Nominierung der Kandidaten die Parteiorganisationen, denn sie haben so keine Möglichkeit, die Auswahl der Kandidaten zu kontrollieren. Die einzelnen Kandidaten werden daher dazu ermutigt, sich eine eigene Wahlkampforganisation und eine Anhängerschaft unter den Wählern aufzubauen, um zuerst die Vorwahlen und dann die allgemeinen Wahlen zu gewinnen. Selbst das Aufbringen von Spendengeldern für den Wahlkampf bleibt dem einzelnen Kandidaten im Wesentlichen selbst überlassen, da die Parteiorganisationen normalerweise nur begrenzte Mittel zur Verfügung haben und häufig sehr strikte gesetzliche Auflagen einhalten müssen, was die Höhe der Gelder anbelangt, die sie insbesondere für Wahlkämpfe auf Bundesebene ausgeben können.

DIE VORBEHALTE DER AMERIKANER GEGENÜBER PARTEIEN

Obwohl sich eindrucksvoll belegen lässt, dass das Parteiwesen im amerikanischen politischen System durchaus eine Rolle spielt, ist das Misstrauen gegenüber Parteien tief in der staatsbürgerlichen Kultur verwurzelt. Die Einführung des Vorwahlsystems zur Nominierung der Kongresskandidaten und der Kandidaten in den Bundesstaaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie der starke Anstieg der Zahl der Vorwahlen für die Präsidentschaftswahl in jüngster Zeit, die zum ausschlaggebenden Faktor bei der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten wurden, sind ein Beweis

für die parteifeindliche Stimmung innerhalb der Öffentlichkeit. Den Amerikanern behagt es nicht, dass die Leiter ihrer Parteiorganisationen großen Einfluss auf ihre Regierung ausüben. Meinungsumfragen belegen, dass große Teile der Wählerschaft glauben, Parteien würden eher zur Verwirrung als zur Klärung von Sachfragen beitragen – und dass es besser wäre, wenn auf dem Stimmzettel gar keine Parteien aufgeführt wären.

Die amerikanischen Parteien operieren nicht nur in einem ihnen gegenüber nicht gerade aufgeschlossenen kulturellen Klima, sie stehen auch vor dem Problem, dass eine beträchtliche Zahl von Wählern der persönlichen Identifizierung mit einer bestimmten Partei immer weniger Bedeutung beimisst. Bezeichnend für diese wenig ausgeprägte Parteibindung der Wähler ist das *ticket-splitting*, das heißt, man gibt seine Stimme bei derselben Wahl Kandidaten verschiedener Parteien. Im Jahr 2000 stimmten so 20 Prozent der Wähler bei den Präsidentschaftswahlen und den Wahlen zum Repräsentantenhaus für Kandidaten verschiedener Parteien. Folglich wurden 40 der Bezirke, die George W. Bush in den Präsidentschaftswahlen gewann, gleichzeitig von demokratischen Kandidaten für das Repräsentantenhaus gewonnen.

Infolge der relativ schwachen Parteibindung der Amerikaner, einer beträchtlichen Anzahl von Wählern, die sich als parteilos betrachten, und der Tendenz vieler Wähler, ihre Stimme verschiedenen Kandidaten zu geben, ist die amerikanische Politik eher auf Kandidaten konzentriert als auf Parteien. Das heißt, die Kontrolle der Exekutive und der Legislative durch verschiedene Parteien ist sowohl in der Bundesregierung als auch in den 50 Bundesstaaten zu einer Alltäglichkeit geworden. In der Tat wurden seit 1980 nur in vier Jahren das Präsidentenamt und mindestens eine Kammer des Kongresses nicht von unterschiedlichen Parteien kontrolliert. Nach den Wahlen von 2000 wurden 29 Bundesstaaten (58 Prozent) von unterschiedlichen Parteien kontrolliert.

DRITTE PARTEIEN UND UNABHÄNGIGE KANDIDATEN

Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, traten in der amerikanischen Politik trotz der bereits erwähnten Hindernisse von Zeit zu Zeit dritte Parteien und unabhängige Kandidaten auf. Oft nahmen sie sich gesellschaftlicher Themen an, die von den großen Parteien nicht aufgegriffen wurden, brachten sie in die öffentliche Debatte ein – und auf die Tagesordnung der Regierung. Aber die meisten dritten Parteien hielten sich nur bei einer Wahl und verschwanden danach, wurden unbedeutend oder gingen in einer der großen Parteien auf. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist es nur einer neuen Partei gelungen, zu einer großen Partei zu werden, nämlich den Republikanern. Damals spaltete das alles beherrschende moralische Thema der Sklaverei die Nation und bot somit eine Gelegenheit, Kandidaten zu rekrutieren und die Wähler zu mobilisieren.

Obwohl die nachfolgende Tabelle nicht gerade Beweise für die langfristige Überlebensfähigkeit dritter Parteien liefert, lässt sie doch die Schlussfolgerung zu, dass diese Parteien großen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen haben können. So führte 1912 die Kandidatur Theodore Roosevelts für eine dritte Partei zu einer Aufspaltung der Stimmen der traditionellen Wähler der Republikaner, und dadurch gelang es dem Demokraten Woodrow Wilson, mit weniger als der Mehrheit der direkt abgegebenen Stimmen gewählt zu werden.

1992 zog die Kandidatur von Ross Perot Wähler an, die in den achtziger Jahren meist die Republikaner gewählt hatten und trug so zur Niederlage des amtierenden republikanischen Präsidenten George H.W. Bush bei. Bei der sehr knappen Wahl im Jahr 2000 zwischen dem republikanischen Kandidaten George W. Bush und dem Demokraten Al Gore hätte Gore möglicherweise die Stimmen der Wahlmänner des Staates Florida und damit die für das Gewinnen der Präsidentschaftswahl erforderliche Mehrheit der Wahlmännerstimmen erhalten, wenn der Kandidat der *Green Party*, Ralph Nader, nicht auf den Wahlzetteln in Florida aufgeführt gewesen wäre.

Meinungsumfragen seit den neunziger Jahren haben immer wieder ein hohes Maß an Unterstützung der Wähler für eine dritte Partei ergeben. Eine Meinungsumfrage des Gallup-Instituts im Vorfeld zu den Wahlen 2000 belegte, dass 67 Prozent der Amerikaner eine starke dritte Partei befürworteten, die Gegenkandidaten zu den republikanischen und demokratischen Nominierten für die Präsidentschaftswahlen, die Wahlen zum Kongress und für Ämter in den Bundesstaaten aufstellt. Diese Einstellung sowie die enormen Summen, die er in den Wahlkampf steckte, ermöglichten es dem texanischen Milliardär Ross Perot, bei den Präsidentschaftswahlen 1992 19 Prozent der direkten Wählerstimmen zu erringen – den höchsten Prozentsatz, den ein Kandidat auf sich vereinigen konnte, der keiner der großen Parteien angehörte, seit Theodore Roosevelt (*Progressive Party*) 1912 27 Prozent gewonnen hatte.

Trotz Hinweisen für eine potenzielle Unterstützung einer dritten Partei gibt es beträchtliche Hürden, die verhindern, dass eine dritte Partei die Präsidentschaftswahlen gewinnt oder selbst eine größere Anzahl von Senatoren oder Abgeordneten im Repräsentantenhaus stellen kann. Zusätzlich zu den bereits erwähnten, ist eines der Haupthindernisse die Furcht der Wähler, dass ihre Stimme praktisch „verloren“ ist, wenn sie diese dem Kandidaten einer dritten Partei geben. Man hat nachgewiesen, dass Wähler strategisch abstimmen und ihre Stimme ihrer zweiten Wahl geben, wenn sie das Gefühl haben, dass der Kandidat einer dritten Partei keine Aussichten auf den Sieg hat. So bewerteten 2000 beispielsweise 15 Prozent der Wähler Ralph Nader in einer Umfrage vor der Wahl besser als George W. Bush oder Al Gore, aber Nader erhielt lediglich 2,7 Prozent der direkten Stimmen. Ähnlich stimmten 1992 21 Prozent der Wähler, die Ross Perot an erster Stelle genannt hatten, bei der tatsächlichen Stimmabgabe für andere Kandidaten.



James Monroe, Demokratisch-Republikanische Partei (1817-1825)

Von oben nach unten: Plakat aus dem Jahr 1868 für die demokratischen Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten, Horatio Seymour und Frank Blair. Ein Wahlposter für die demokratischen Kandidaten General George McClellan und seinen Vizekandidaten George Pendleton, ca. 1864. Poster für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Samuel Tilden und seinen Vizekandidaten Thomas Hendricks, 1876.



DAS WAHLMÄNNER-KOLLEGIUM

Bei einem sehr knappen Wahlausgang oder einer Wahl, an der mehr als zwei Parteien teilnehmen, kann es vorkommen, dass kein Kandidat die erforderliche Mehrheit von 270 Stimmen des Wahlmännerkollegiums auf sich vereinigen kann. In diesem Fall wird verfassungsmäßig die Wahl vom Repräsentantenhaus vorgenommen.

Das System der Wahl durch ein Wahlmännerkollegium wurde in Artikel II, Abschnitt 1 der amerikanischen Verfassung festgelegt. Obwohl das System in den letzten Jahren teilweise umstritten war, wird es andererseits als stabilisierender Faktor im Wahlsystem betrachtet.

DAS WAHLMÄNNER-KOLLEGIUM UND SEINE ARBEIT

★Eingetragene Wähler der 50 Staaten und des District of Columbia geben im Jahr der Präsidentschaftswahl am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November ihre Stimme für den Präsidenten und den Vizepräsidenten ab.

★Die Kandidaten mit der Stimmenmehrheit im Staat erhalten in der Regel alle Stimmen der Wahlmänner. (Für das Verfahren heißt das, alle an diese Kandidaten gebundenen Wahlmänner werden gewählt.)

★Die Zahl der Wahlmänner in einem Staat entspricht der Zahl der Senatoren und Abgeordneten dieses Staates im Kongress. Der District of Columbia hat keinen gewählten Vertreter im Kongress, aber drei Wahlstimmen.

★Die Wahlmänner kommen im Jahr einer Präsidentschaftswahl am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember zur offiziellen Stimmabgabe zusammen. Für seine Wahl muss ein Kandidat die Stimmenmehrheit auf sich vereinigen. Bei 538 Wahlmännern heißt das, es sind für einen Sieg im Wahlmännerkollegium 270 Stimmen erforderlich.

★Wenn kein Präsidentschaftskandidat die Stimmenmehrheit im Wahlausschuss erlangt, muss das Repräsentantenhaus unter den drei Kandidaten den Sieger bestimmen, die im Wahlmännerkollegium die meisten Stimmen erhielten. Dabei stimmen die Abgeordneten nach Staaten ab, wobei jede Delegation eine Stimme hat.

Wenn kein Kandidat für die Vizepräsidentschaft im Wahlmännerkollegium die Stimmenmehrheit erlangt, muss der Senat den Sieger aus den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen im Wahlmännerkollegium bestimmen.

Der Präsident und der Vizepräsident werden am 20. Januar des darauffolgenden Jahres vereidigt und in ihr Amt eingeführt.



DRITTE PARTEIEN IN DER AMERIKANISCHEN GESCHICHTE

Dritte Partei	Jahr	Anteil der Direktstimmen	Anteil der Stimmen des Wahlmännerkollegiums	Folgende Wahl
Anti-Masons	1832	7.8	7	Empfahl Wahl des Whig-Kandidaten
Free Soil	1848	10.1	0	Erhielt 5 % der Stimmen; unterstützte die Republikaner
Whig-American	1856	21.5	8	Partei aufgelöst
Southern Democrat	1860	18.1	72	Partei aufgelöst
Constitutional Union	1860	12.6	39	Partei aufgelöst
Peoples' (Populist)	1892	8.5	22	Empfahl Wahl des Demokratischen Kandidaten
Progressive (T. Roosevelt)	1912	27.5	88	Kehrte zur Republikanischen Partei zurück
Socialist	1912	6.0	0	Erhielt 3,2 % der Stimmen
Progressive (R. La Follette)	1924	16.6	13	Kehrte zur Republikanischen Partei zurück
States' Rights Democrat	1948	2.4	39	Partei aufgelöst
Progressive (H. Wallace)	1948	2.4	0	Erhielt 1,4 % der Stimmen
Am. Independent (G. Wallace)	1968	13.5	46	Erhielt 1,4 % der Stimmen
John B. Anderson	1980	7.1	0	Kandidierte 1984 nicht
H. Ross Perot	1992	18.9	0	Gründete die Reform Partei und kandidierte 1996 wieder
Reform (Perot)	1996	8.4	0	Mit Pat Buchanan als Spitzenkandidat erhielt die Partei 0,5 % der Stimmen.
Green (R. Nader)	2000	2.7	0	

Daneben gibt es auch das Phänomen, dass man seine Stimme aus "Protest" dem Kandidaten einer dritten Partei gibt. 1992 antworteten fünf Prozent der Perot-Wähler bei einer Gallup-Umfrage, sie hätten nicht für ihn gestimmt, wenn er ihrer Ansicht nach hätte gewinnen können.

Sollte es dritten Parteien oder unabhängigen Kandidaten gelingen, die Präsidentschaft zu erringen, stünden sie nach der Wahl

vor einem möglicherweise beängstigenden Problem, nämlich dem Problem des Regierens – das heißt, der personellen Besetzung der Regierungsämter und der Zusammenarbeit mit einem von Republikanern und Demokraten dominierten Kongress, die nur begrenzt zur Zusammenarbeit mit einem Präsidenten gewillt wären, der keiner der großen Parteien angehört. ■

Professor John F. Bibby, emeritierter Professor der Fakultät für Politikwissenschaften der University of Wisconsin in Milwaukee und ehemaliger Vorsitzender des Fachgebiets Politische Parteien innerhalb der Amerikanischen Vereinigung für Politische Wissenschaften, ist eine anerkannte Autorität in Fragen der amerikanischen Politik und des amerikanischen Staatswesens und Verfasser von Politics, Parties, and Elections in America.

Stimmen im Wahlmännerkollegium – Stimmenanteil der Staaten 2004

Alabama	9	Illinois	21	Nebraska	5	South Dakota	3
Alaska	3	Indiana	11	Nevada	5	Tennessee	11
Arizona	10	Iowa	7	New Hampshire	4	Texas	34
Arkansas	6	Kansas	6	New Jersey	15	Utah	5
Kalifornien	55	Kentucky	8	New Mexico	5	Vermont	3
Colorado	9	Louisiana	9	New York	31	Virginia	13
Connecticut	7	Maine	4	North Carolina	15	Washington	11
Delaware	3	Maryland	10	North Dakota	3	West Virginia	5
District of Columbia	3	Massachusetts	12	Ohio	20	Wisconsin	10
Florida	27	Michigan	17	Oklahoma	7	Wyoming	3
Georgia	15	Minnesota	10	Oregon	7		
Hawaii	4	Mississippi	6	Pennsylvania	21		
Idaho	4	Missouri	11	Rhode Island	4		
		Montana	3	South Carolina	8	Insgesamt	538

DIE NOMINIERUNG ALS PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT UND DIE AMERIKANISCHE DEMOKRATIE

VON STEPHEN J. WAYNE

Das Nominierungsverfahren der Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten sieht komplex, sogar chaotisch aus und ist es auch. Seit den siebziger Jahren, als die Demokratische und die Republikanische Partei angingen, die Regeln für die Auswahl ihrer Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten zu überarbeiten, ist das System im Fluss, und die erfolgreichsten Kandidaten sind diejenigen, die seine Vielschichtigkeit verstehen und mit dem System umgehen können. Aber das ist schließlich genau das, was kreative Politiker tun – das Spiel der Politik erlernen und hart und geschickt spielen.

DIE GESCHICHTE DER PARTEIEN UND IHRER NOMINIERUNGSVERFAHREN

Im Gegensatz zum Wahlmännerverfahren für die Wahl des Präsidenten ist das Verfahren zur Nominierung von Präsidentschaftskandidaten nicht in der amerikanischen Verfassung verankert. Zur Zeit der Formulierung und Ratifizierung der Verfassung Ende des 18. Jahrhunderts gab es keine politischen Parteien. Politische Parteien entstanden, nachdem die Regierung ihre Arbeit aufgenommen hatte und als Folge der politischen Maßnahmen des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Washington.

Seit 1796 trafen sich die Mitglieder des Kongresses, die sich mit einer der politischen Parteien jener Zeit identifizierten, informell, um über den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten ihrer Partei zu entscheiden. Bekannt als „Königs-Wahlversammlung“ (*King Caucus*) hatte dieses System zur Auswahl der Parteikandidaten fast 30 Jahre Bestand. Es brach 1824 zusammen – ein Opfer der Dezentralisierung der Macht innerhalb der politischen Parteien als Folge der Ausdehnung der Vereinigten Staaten nach Westen.

Nominierungsveranstaltungen auf Bundesebene ersetzten die „Königs-Wahlversammlung“. 1831 kam eine kleine Partei, die *Anti-Masons*, in einer Kneipe in Baltimore (Maryland) zusammen, um sich auf Kandidaten und eine Wahlplattform (eine Erklärung der von einer politischen Partei oder einem Kandidaten vertretenen Grundsätze und Politik) zu einigen, mit denen sie kandidieren würden. Im Jahr darauf trafen sich die Demokraten in der gleichen Kneipe zur Wahl ihrer Präsidentschaftskandidaten. Seit damals halten die großen und die meisten kleineren Parteien Nominierungsveranstaltungen auf Bundesebene ab, an denen die Delegierten aus den Bundesstaaten

Bundesstaaten Präsidentschaftsvorwahlen eingeführt.

Die Bewegung, mehr Parteianhänger zur Beteiligung am Auswahlprozess ihrer Partei zu ermutigen, war jedoch kurzlebig. Nach dem Ersten Weltkrieg überzeugten die Parteivorsitzenden, die die Vorwahlen als Bedrohung ihres eigenen Einflusses sahen, die Legislative der Bundesstaaten, sie mit dem Argument abzuschaffen, sie seien teuer und nur wenige Wähler würden an ihnen teilnehmen. Einige potenzielle Kandidaten verweigerten die Teilnahme an den Vorwahlen, weil sie bereits die Unterstützung der Parteivorsitzenden der Bundesstaaten hatten und nicht riskieren wollten, diese bei einer Direktwahl zu ver-



John Quincy Adams, Demokratisch-Republikanische Partei (1825-1829)



Links: Demokratische Anhänger mit Fahnen bei der Parteiversammlung, der Democratic National Convention in Los Angeles, Kalifornien, im Jahr 2000.

teilnehmen, um sich für ihren Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten zu entscheiden und sich auf ihre politischen Positionen zu einigen.

Im gesamten Verlauf des 19. und bis ins 20. Jahrhundert wurden die Nominierungsparteitage von den Parteivorsitzenden der Bundesstaaten kontrolliert, die bei der Auswahl der Delegierten ihres Bundesstaates ihren Einfluss geltend machten und sicherstellten, dass diese bei der Veranstaltung „richtig“ wählten. Die Macht dieser Parteivorsitzenden wurde schließlich zu einem Politikum innerhalb der Parteien. Diejenigen, denen es nicht gefiel, dass alteingesessene Parteibosse die Präsidentschaftskandidaten mit der Hand verlasen, unterstützten Reformen, die es Parteianhängern innerhalb der Bundesstaaten ermöglichten, die Delegierten der Parteitage in „Vorwahlen“ auszuwählen – Wahlen, die vor den allgemeinen Wahlen abgehalten wurden. Bis 1916 hatten über die Hälfte der

Präferenzwahlen für den bevorzugten Präsidentschaftskandidaten in einigen Bundesstaaten lediglich empfehlenden Charakter; die Delegierten für den Parteitag wurden auf andere Weise gewählt. 1936 hielten nur noch rund ein Dutzend Bundesstaaten weiterhin Präsidentschaftsvorwahlen ab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Druck zur Demokratisierung mit Unterstützung der Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie wieder stärker. Das Fernsehen war ein Medium, über das die Menschen den Wahlkampf in ihrem eigenen Wohnzimmer sehen und hören konnten. Das Fernsehen bot den Kandidaten auch ein Forum, um ihr Charisma, ihre Popularität und Wählbarkeit unter Beweis zu stellen. Dwight Eisenhower, John Kennedy und Richard Nixon gingen alle mit beträchtlichen Kosten und Anstrengungen verbunden in den Bundesstaaten als Kandidaten in den Vorwahlkampf, um



Andrew Jackson, Demokrat (1829-1837)

DER „CAUCUS“ IM BUNDESSTAAT IOWA: SO FUNKTIONIERT DAS SYSTEM

1. So genannte „Caucuses“ finden im Rahmen von mehr als 2.000 Veranstaltungen in ganz Iowa statt. Dabei werden mehr als 1.500 Delegierte für die 99 Bezirksversammlungen gewählt.
2. Solche Versammlungen finden in den einzelnen Bezirken statt. Dort wiederum werden 3.000 Delegierte für die Versammlungen der fünf Kongressbezirke bestimmt.
3. Bei den Versammlungen der Kongressbezirke werden auf Bezirksebene Delegierte für die nationalen Parteitage gewählt. Diese Delegierten nehmen auch an den Versammlungen auf bundesstaatlicher Ebene teil.
4. Bei Versammlungen auf bundesstaatlicher Ebene werden „at-large“ (d.h. nicht an einen Kandidaten gebundene) Delegierte für den nationalen Parteitag bestimmt. Die Demokraten wählen bei dieser Gelegenheit auch die Parteivertreter auf bundesstaatlicher Ebene, sowie offizielle Delegierte.

ihrer Partei zu beweisen, dass ein General, ein Katholik und ein bereits einmal besieger Präsidentschaftskandidat die allgemeine Wahl gewinnen können. Und sie waren erfolgreich. Sie wurden alle von ihrer Partei nominiert und zum Präsidenten gewählt.

Außerdem erzeugten der Mitte der sechziger Jahre beginnende und bis in die siebziger Jahre fortdauernde Vietnamkrieg Spaltungen innerhalb der Demokratischen Partei, die wiederum Druck für weitere Reformen auslösten. Der Katalysator war der Nominierungsprozess der Demokratischen Partei 1968: Eine Antikriegsbewegung spaltete die Demokratische Partei und führte zu gewalttätigen Demonstrationen auf den Straßen von Chicago – der Stadt, in der in diesem Jahr der Parteitag stattfand. Trotz des ihr Treffen begleitenden Aufruhrs nominierte die Partei Vizepräsident Hubert Humphrey, der sich gegen eine

Teilnahme an den Vorwahlen der Demokraten entschieden hatte und damit zur Zielscheibe der Antikriegsproteste wurde.

In dem Versuch, eine ge-



spaltene Partei zu einigen, vereinbarte der Parteitag der Demokraten nach der Nominierung von Humphrey die Ernennung eines Ausschusses zur Überprüfung des Nominierungsprozesses der Partei für das Amt des Präsidenten mit dem zweifachen Ziel einer stärkeren Beteiligung der Partei an der Wahl eines demokratischen Nominierten und einer ausgewogeneren Repräsentation der Partei auf ihrem Nominierungsparteitag. Die von der Partei verabschiedeten Reformen lösten einen Prozess aus, mit dem die beiden großen politischen Parteien die Art und Weise der Auswahl ihres Kandidaten demokratischer gestalteten.

DAS HEUTIGE SYSTEM DER VORWAHLEN UND DER WAHLVERSAMMLUNG

Die von den Demokraten eingeleiteten großen Veränderungen meistens veranlassten die meisten Bundesstaaten, die die Wahlgesetze für ihre Einwohner erlassen, zur Veranstaltung von Vorwahlen. Wie gegenwärtig in der Verfassung festgelegt, ist eine Vorwahl eine Wahl zwischen Anhängern derselben Partei, um den Kandidaten dieser Partei für die allgemeine Wahl festzulegen. Abhängig von den Gesetzen des Bundesstaats können die Wähler ihre Stimme direkt für den Präsidentschaftskandidaten der Partei oder indirekt für Delegierte des Parteitags abgeben, die sich zur Unterstützung dieser Kandidaten verpflichtet haben.

Die einzige andere Option der Bundesstaaten nach dem derzeitigen System ist, einen mehrstufigen Prozess von Wahlversammlungen und Parteitag abzuhalten, in dem die Parteianhänger, die in einem relativ kleinen geografischen Gebiet – einem örtlichen Wahlkreis – leben, zusammenkommen und Delegierte auswählen, die sich zur Unterstützung bestimmten Kandidaten verpflichtet haben. Diese Delegierten vertreten ihren Wahlkreis wiederum beim Parteikongress auf Landkreisebene, bei dem Delegierte zur Teilnahme am Parteitag auf Bundesstaatenebene ausgewählt werden, bei dem die Delegierten ausgewählt werden, die den Bundesstaat beim Bundesparteitag vertreten. Obwohl dieses System mehrere Monate beansprucht, werden die bevorzugten Kandidaten im Wesentlichen in der ersten Runde der Abstimmung bestimmt.

Die tatsächliche Größe der Bundesparteitagsdelegation eines Bundesstaats wird nach einer von jeder Partei festgelegten Formel berechnet, die beispielsweise die Einwohnerzahl des Bundesstaats berücksichtigt, welche Unterstützung sie Parteikandidaten auf Bundesebene in der Vergangenheit zukommen ließ sowie die Anzahl der gewählten Vertreter und Parteivorsitzenden, die sich momentan im Amt befinden. Die von den Demokraten benutzte Formel führt zu Bundesparteitagen mit etwa doppelt so vielen Delegierten wie die der Republikaner.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten erteilt den Bundesstaaten die Befugnis, ihre eigenen Wahlgesetze im Einklang mit den vom Kongress erlassenen Regeln und Bedingungen aufzustellen. Obwohl die Bundesstaaten bei der Festlegung der Termine ihrer Vorwahlen und Wahlversammlungen freie Hand haben, haben sie auch ein Interesse an der Durchführung der Nominierungswettbewerbe im Einklang mit parteiinternen Bestimmungen, da die Parteien laut Urteil des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten das Recht haben, eigene Regeln für die Teilnahme an den Bundesparteitagen aufzustellen und durchzusetzen. Bundesstaaten, die die Auswahl von Parteitagdelegierten nach Regeln zulassen, die nicht mit denen der Partei übereinstimmen, laufen also Gefahr, dass ihre Delegierten auf den Bundesparteitagen abgelehnt oder die Größe ihrer Delegationen wegen Nichteinhaltung von Parteibestimmungen von der Partei reduziert wird.

Heutzutage werden etwa 80 Prozent der an den Bundesparteitagen ihrer Partei teilnehmenden Delegierten in Vorwahlen ausgewählt, die allen eingetragenen oder erklärten Republikanern oder Demokraten offen stehen.

*Oben:
Plakette eines
Delegierten für
die nationale
Parteiversammlung der
Demokraten, 1908.*

*Unten:
Band für die Wahl von
1876 mit dem Porträt des
(erfolglosen) Präsidentschaftskandidaten
Samuel Tilden und
seinem Vizekandidaten.*

*Mitte:
Kupferstich der
Parteiversammlung der
Demokraten, 1880.*

Die Demokratische Partei hat allen ihren Fraktionen in den Bundesstaaten einen nationalen Regelkatalog auferlegt; die Republikanische Partei tut das nicht. Die Regeln der Demokraten verlangen von den Bundesstaaten ihre Nominierungswahlkämpfe zwischen dem ersten Dienstag im Februar und dem zweiten Dienstag im Juni in dem Jahr zu veranstalten, in dem eine Präsidentschaftswahl stattfindet. Die kleineren Bundesstaaten Iowa und New Hampshire sind hiervon offiziell ausgenommen und können früher wählen, da sie traditionell jeweils die erste Wahlversammlung und die ers-

wahlen in ihren Bundesstaaten gewonnen haben. Schließlich müssen die demokratischen Delegationen der Bundesstaaten aus der gleichen Anzahl von Männern und Frauen zusammengesetzt sein.

Trotz der unterschiedlichen Parteibestimmungen – die Republikaner beugen sich ihren Fraktionen in den Bundesstaaten und die Demokraten nicht – gibt es zwei hervorstechende Tendenzen:

- Immer mehr Staaten haben ihre Vorwahlen und Wahlversammlungen an den Anfang des Wahlprozesses verlegt, um mehr Einfluss auf die Auswahl des Kandidaten ausüben zu können,

sowie auf die Unterstützung der Parteivorsitzenden der Bundesstaaten konzentrieren, um ihre Wähler in den vielen Staaten zu erreichen, die ihre Wahlen am gleichen Tag abhalten.

Der „Frontlader“ und die Regionalisierung des Nominierungsverfahrens bei den Präsidentschaftsvorwahlen kommen den bundesweit bekannten Kandidaten zugute, wie beispielsweise dem amtierenden Präsidenten, den Gouverneuren großer Staaten, den Senatoren und den Mitgliedern des Repräsentantenhauses, die Zugang zu Geld, Medien und organisatorische Unterstützung haben.

Führen wir uns beispielsweise die Präliminarien der Wahlen für Präsidentschaftskandidaten der Demokraten im Wahljahr 2004 vor Augen. Acht demokratische Kandidaten hatten ungefähr 25 Millionen Dollar gesammelt und bis zum 31. März 2003 – mehr als zehn Monate vor der ersten Vorwahl oder Wahlversammlung – bereits sieben Millionen Dollar ausgegeben. Von diesen Kandidaten hatten diejenigen mit Sitzen im Kongress am meisten Geld gesammelt, die bekanntesten politischen Berater engagiert und die größten Wahlkampforganisationen aufgebaut. Das zeitlich gestraffte Verfahren ist für diejenigen von Nachteil, die Vorwahlen und Wahlversammlungen als Sprungbrett für ihre Nominierung benötigen, wie Jimmy Carter 1976 und John McCain 2000.

Der fortgesetzte Wandel des Nominierungsprozesses betrifft alle Kandidaten. Sogar amtierende Präsidenten können eine erneute Nominierung nicht als sicher ansehen. Im Jahre 1992 musste George H.W. Bush einige peinliche Niederlagen bei den Vorwahlen hinnehmen, als er gegen den konservativen Talkshowexperten und Zeitungskolumnisten Pat Buchanan antrat. Bill Clinton wiederum sammelte 1996 schon sehr früh große Summen an Wahlkampfgeldern, um politische Gegner in der eigenen Partei davon abzuhalten, gegen ihn anzutreten. Clinton nutzte dieses Geld, um einen medienorientierten Wahlkampf zu führen, vom Beginn der parteiinternen Wahlversammlung und den Vorwahlen bis zur Präsidentschaftswahl.

DER IOWA CAUCUS: VERFAHREN FÜR DIE ERSTE RUNDE DER CAUCUS-WAHLEN AUF BEZIRKSEBENE:

DEMOKRATEN:

Nur registrierte Demokraten, die im Bezirk ansässig und wahlberechtigt sind, können am Caucus teilnehmen. Die Teilnehmer schließen sich Präferenzgruppen für einen bestimmten Kandidaten an. Solche Gruppen sind dann funktionsfähig, wenn ihre Mitgliedszahl mindestens 15 Prozent der anwesenden Personen entspricht. Gruppen, bei denen dies nicht der Fall ist, werden aufgelöst. Ihre Mitglieder schließen sich dann einer funktionsfähigen Gruppe an. In dieser Phase wird intensives Lobbying betrieben. Die Zuteilung der Delegierten zu den einzelnen Kandidaten erfolgt strikt auf Basis des proportionalen Verhältnisses der Gruppe zum gesamten Caucus.

REPUBLIKANER:

Die Teilnehmer müssen wahlberechtigt, aber nicht unbedingt als Republikaner registriert sein. Sie geben in einer geheimen Abstimmung eine Präferenzstimme für ihren bevorzugten Präsidentschaftskandidaten ab. Die Stimmen werden dann für den gesamten Bundesstaat tabelliert. In der Folge werden auch Delegierte für die Bezirksversammlung bestimmt. Der Caucus kann selbst über die Wahlmethode entscheiden. So werden die Delegierten entweder in einer Direktwahl („winner-take-all“) oder proportional auf Basis einer Probeabstimmung bestimmt.



Neun hoffnungsvolle potenzielle demokratische Präsidentschaftskandidaten bei ihrer ersten Debatte in South Carolina im Mai 2003. Von links nach rechts: Kongressabgeordneter Dennis Kucinich, Kongressabgeordneter Richard Gephardt, Reverend Al Sharpton, Senator Joseph Lieberman, ehemalige Senatorin Carol Moseley Braun, ehemaliger Gouverneur Howard Dean, Senator John Edwards, Senator Bob Graham und Senator John Kerry.

te Vorwahl abhalten. Eine weitere Regel der Demokraten ist die Bestimmung, dass 75 Prozent der Delegierten eines Bundesstaats in Bezirken gewählt werden müssen, die nicht größer sind als ein Kongresswahlbezirk. So soll die Repräsentation von Minderheiten verstärkt werden, die womöglich konzentriert in Gemeinden in dem Bundesstaat leben. Zudem wird die Zahl der Delegierten, die sich auf die Wahl eines bestimmten Kandidaten festgelegt haben, im Verhältnis zu der Anzahl von Stimmen bestimmt, die sie oder ihre Kandidaten erhalten. Die Demokraten haben auch Delegierte – Parteivorsitzende und andere gewählte Vertreter – die nicht verpflichtet sind, bestimmte Kandidaten zu unterstützen, obwohl diese Kandidaten womöglich Vor-

um die Kandidaten zu ermutigen, die Bedürfnisse und Anliegen des Staats anzusprechen und um mehr Wahlkampfgelder für sie zu sichern. Das ist unter dem Begriff „Frontlader“ (*front-loading*) bekannt.

- Im Rahmen der als „Regionalisierung“ bekannten Praxis arbeiten Bundesstaaten einer Region zusammen, um Vorwahlen und Wahlversammlungen am gleichen Tag abzuhalten, damit die Auswirkungen auf die Region maximiert werden.

Beide Trends zwingen die Kandidaten, ihre Kampagnen früher zu beginnen, um in den Staaten ihre Position zu festigen, die die ersten Wahlen abhalten. Die Kandidaten müssen sich auch zunehmend auf die Massenmedien, insbesondere auf Radio und Fern-



Martin van Buren,
Demokrat
(1837-1841)

PARTEINOMINIERUNGEN UND DEMOKRATIE

Reformen des Nominierungsverfahrens für das Präsidentenamt haben die Basis der Öffentlichkeitsbeteiligung eindeutig verbreitert. Bevor die letzten Änderungen im Jahr 1968 stattfanden, wählten nur 12 Millionen Menschen bei den Vorwahlen, dies sind in etwa 11 Prozent der Wahlberechtigten. Im Jahr 2000 nahmen etwa 35 Millionen Menschen teil, das sind 15 Prozent der Wahlberechtigten. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl des Jahres 2000 gaben beim Wettstreit zwischen George W. Bush und seinen republikanischen Mitbewerbern mehr als 20 Millionen Menschen ihre Stimme ab, beim Wettstreit der Demokraten zwischen Vizepräsident Al Gore und seinem Hauptmitbewerber, dem ehemaligen Senator Bill Bradley, waren es 15 Millionen.

Neben der Zunahme der öffentlichen Beteiligung hat das moderne Nominierungsverfahren zu einer verbesserten Repräsentation der jeweiligen Wahlbündnisse geführt. Obwohl die demografischen Merkmale – was zum Beispiel Rasse und Geschlecht angeht – jetzt von den Delegierten auf den Nominierungsparteitagen besser repräsentiert werden, ist das bei den ideologischen Richtungen nicht der Fall. Der Grund dafür ist, dass jene, die aktiver am Nominierungsverfahren teilnehmen, Parteimitglieder sind, die stärker ideologisch geprägt sind als das durchschnittliche Parteimitglied. Folglich sind die Delegierten auf den republikanischen Parteitagen konservativer und die demokratischen Delegierten liberaler als ihre entsprechenden Wahlkreise.

Wie bereits erwähnt, haben die Reformen außerdem den Ein-

fluss der Parteivorsitzenden in den Bundesstaaten geschwächt und Anreize für die Kandidaten geschaffen, sich durch öffentliche Aufrufe an die Parteibasis einer breiten Unterstützung für die Nominierung zu versichern. Diese Aufrufe haben die Verbindungen zwischen den Kandidaten und ihren Anhängern an der Parteibasis gestärkt. Außerdem haben sie dafür gesorgt, dass diejenigen, die ins Amt kommen, ihre Wahlversprechen einlösen. George W. Bush hat im ersten Jahr seiner Amtszeit seine Energie zum Beispiel darauf verwandt, seine wichtigsten Wahlversprechen einzulösen. Dazu gehörten Steuererleichterungen, Reformen im Bildungswesen und eine stärkere militärische Einsatzbereitschaft – politische Initiativen, die auf seine konservative politische Basis ausgerichtet sind.

+ Inklusive Parteivorsitzende und -funktionäre, die in den Bundesstaaten durch Vorwahlen (Primaries) bestimmt wurden.
* Ohne Vermont, wo nicht verpflichtende Vorzugsstimmen für einen Präsidentschaftskandidaten abgegeben, Delegierte aber in Caucuses und Versammlungen auf bundesstaatlicher Ebene gewählt werden.

Quellen: Für 1912-1964, F. Christoph Arterton, „Campaign Organizations Face the Mass Media in the 1976 Presidential Nomination Process“ (Vortrag bei der Jahresversammlung der American Political Science Association, Washington, D.C., 1. - 4. September, 1977); für 1968-1976, Austin Ranney, *Participation in American Presidential Nominations*, 1976 (Washington, D.C.: American Enterprise Institute, 1977), Tabelle 1, 6. Die Zahlen für 1980 wurden von Austin Ranney mittels des vom Democratic National Committee und vom Republican National Committee verteilten Materials erstellt. Die Zahlen für die Wahlen seit 1980 wurden vom Autor mit Hilfe der vom Democratic und Republican National Committee sowie von der Federal Election Commission zur Verfügung gestellten Daten ermittelt.

Anzahl der Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl und Prozentsatz der Parteitagsdelegierten aus Staaten, in denen Vorwahlen abgehalten werden, nach Partei gegliedert, 1912-2000.

DEMOKRATEN ⁺			REPUBLICANER		
Jahr	Anzahl der Vorwahlen in Bundesstaaten	Prozentsatz der Delegierten aus Bundesstaaten, in denen Vorwahlen abgehalten werden	Jahr	Anzahl der Vorwahlen in Bundesstaaten	Prozentsatz der Delegierten aus Bundesstaaten, in denen Vorwahlen abgehalten werden
1912	12	32.9%	1912	13	41.7%
1916	20	53.5%	1916	20	58.9%
1920	16	44.6%	1920	20	57.8%
1924	14	35.5%	1924	17	45.3%
1928	17	42.2%	1928	16	44.9%
1932	16	40.0%	1932	14	37.7%
1936	14	36.5%	1936	12	37.5%
1940	13	35.8%	1940	13	38.8%
1944	14	36.7%	1944	13	38.7%
1948	14	36.3%	1948	12	36.0%
1952	15	38.7%	1952	13	39.0%
1956	19	42.7%	1956	19	44.8%
1960	16	38.3%	1960	15	38.6%
1964	17	45.7%	1964	17	45.6%
1968	17	37.5%	1968	16	34.3%
1972	23	60.5%	1972	22	52.7%
1976	29*	72.6%	1976	28*	67.9%
1980	31*	74.7%	1980	35*	74.3%
1984	26	62.9%	1984	30	68.2%
1988	34	66.6%	1988	35	76.9%
1992	39	78.8%	1992	38	80.4%
1996	34	62.6%	1996	43	90.0%
2000	40	85.7%	2000	43	93.1%

Obwohl viele der Reformen zu einer Demokratisierung des Nominierungsverfahrens geführt haben, gibt es noch immer ein Ungleichgewicht. Die Wähler, die an den Vorwahlen teilnehmen, haben normalerweise einen höheren Bildungsstandard, ein höheres Einkommen und sind älter als der Durchschnittswähler der Republikaner oder der Demokraten. Darüber hinaus sind jene, die einen höheren Lebensstandard haben, logischerweise eher in der Lage, für einen Kandidaten oder dessen Projekte Geld zu spenden. Unausweichlich bekommt ihre Stimme beim Wahlausgang mehr Gewicht.

Schließlich hat das Nominierungsverfahren zeitweise Uneinigkeiten innerhalb der Parteien geschaffen. Je stärker der Konkurrenzkampf während des Nominierungsverfahrens, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Uneinigkeit einen Punkt erreicht, der schnell überwunden werden muss, wenn die Partei einen erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf für ihren Kandidaten führen möchte.

DER EINFLUSS DER PARTEITAGE

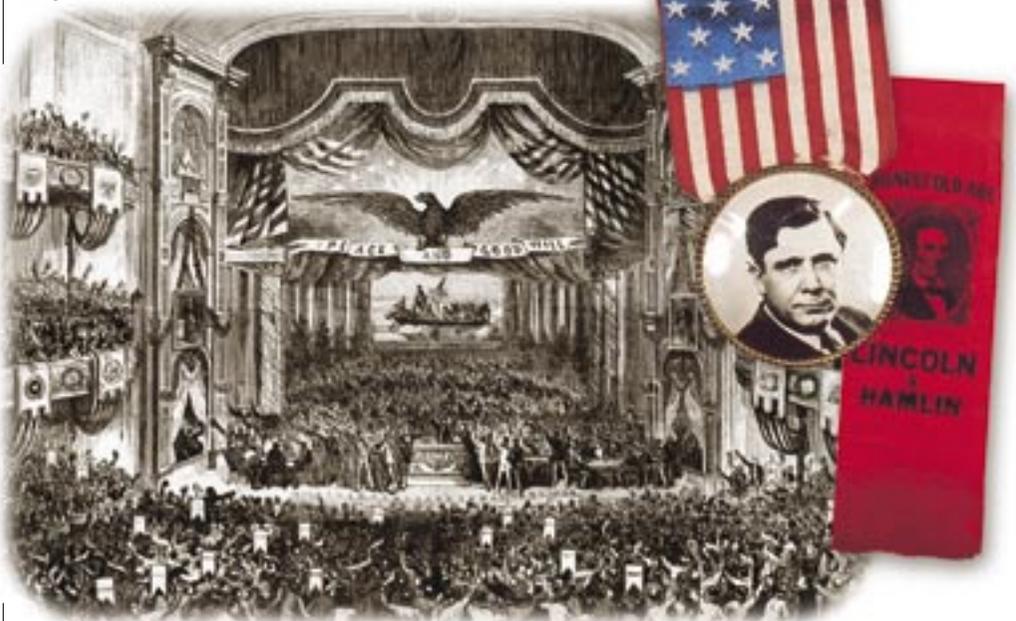
Durch die Änderungen im Nominierungsverfahren für die Präsidentschaftswahlen hat der Bundesparteitag zur Nominierung eines Kandidaten an Bedeutung verloren. Heutzutage wird der Präsidentschaftskandidat schon sehr früh im Nominierungsverfahren durch die Wähler bestimmt. Der Kandidat wiederum gibt seine Entscheidung über den Vizepräsidentschaftskandidaten noch vor dem Parteitag bekannt. Dem erfolgreichen Kandidaten obliegt auch der Entwurf des Wahlprogramms. Warum also sollten die Amerikaner ihre Zeit vor dem Fernseher verbringen, um sich die Nominierungsparteitage anzusehen?

Und tatsächlich tun viele Menschen dies auch nicht. Die Zuschauerzahlen von Parteitag sind in den letzten Jahren zurückgegangen, genau wie die Anzahl der Stunden, in denen die großen Fernsehstationen das Verfahren zur besten Sendezeit ausstrahlen. Laut Umfragen der Meinungsforschungsinstitute aus dem Sommer 2000, als die Nominierungsparteitage der beiden Parteien stattfanden, sah sich in etwa die Hälfte der

Fernsehzuschauer keinen der beiden Parteitage an.

Trotz des Zuschauerrückgangs wird über die Parteitage weiterhin in Nachrichtensendungen und Zeitungen berichtet. Die gleichen Umfragen kamen zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2000 das öffentliche Bewusstsein und das Wissen über die Kandidaten und ihre Politik während des Wahlkampfes und unmittelbar danach zunahm. Folglich halfen die Parteitage die Wähler zu informieren, dem Kandidaten Unterstützung und Begeisterung bei den Parteimitgliedern zu sichern und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die anstehende Wahl zu lenken.

Natürlich ist das Nominierungsverfahren für den Präsident-



schchaftskandidaten nicht perfekt, aber es hat in den letzten Jahrzehnten geholfen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, die demografische Repräsentation zu verbessern und die Verbindungen zwischen den einzelnen Parteimitgliedern und den Kandidaten zu stärken. In seiner jetzigen Form hat das Verfahren vor allem Vorteile für jene Kandidaten, die bekannter sind, größere Wahlkampfspenden bekommen, die effektivsten Wahlkampforganisationen haben und schon früh während der Vorwahlen zur Präsidentschaft am meisten Begeisterung unter den Wählern hervorrufen ■

Stephen J. Wayne ist Professor für politische Wissenschaften an der Georgetown University in Washington. Er ist Verfasser von The Road to the White House 2004 (Thomson/Wadsworth, 2004).



William Henry Harrison, Whig (1841)

Mitte: Alter Kupferstich von einer Sitzung der nationalen Parteiversammlung der Demokraten in Baltimore. Rechts: Anstecknadel mit dem Porträt des Präsidentschaftskandidaten Wendell Wilkie, 1940. Ansteckband für Lincoln/Hamlin mit der Aufschrift „Honest Old Abe“ („ehrlicher alter Abe“, über Lincoln) aus dem Wahlkampf von 1860.



John Tyler, Whig (1841-1845)

DAS AMERIKANISCHE WAHLVERFAHREN

VON MICHAEL W. TRAUGOTT

Im Allgemeinen haben amerikanische Wähler die Möglichkeit, häufiger an Wahlen teilzunehmen als die meisten Bürger anderer Demokratien.

Einige Amerikaner haben fünf- bis sechsmal pro Jahr die Chance, an einer Wahl teilzunehmen, wobei verschiedene Ämter auf verschiedenen Regierungsebenen zur Wahl stehen. Da im föderalen System sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen der Einzelstaaten gesonderte Befugnisse haben, finden am



Jahre beigetragen hat. Die meisten Parteikandidaten werden von den Amerikanern in Vorwahlen gewählt. Dies sind Veranstaltungen der politischen Parteien, die von Wahlleitern organisiert werden.

Traditionell gibt es bei den amerikanischen Wahlen selten besonders knappe Ergebnisse. Die meisten zur Wahl stehenden Ämter sind Ämter auf kommunaler Ebene. Die Grenzen der Wahlbezirke werden oft von der Regierungspartei festgelegt. Als Grundlage dient das traditionelle Wahlverhalten, so dass die Wahl der jeweiligen Partei als sicher gilt. Es gibt jedoch in letzter Zeit deutliche Ausnahmen. Das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen aus dem Jahr 2000



Oben: Wähler bei der Stimmabgabe bei den Midterm Elections (Zwischenwahlen) am 5. November 2002 in Halifax, Massachusetts.
Mitte: Wählerschlange vor den neuen elektronischen Wahlmaschinen am 4. November 2002 in Miami, Florida.



James K. Polk, Demokrat (1845-1849)

Wahltag in den Vereinigten Staaten eine ganze Reihe von Wahlen sowohl auf bundesstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene statt. Für all diese Wahlen gibt es eigene Verfahren.

Im politischen System der Vereinigten Staaten werden viele Ämter durch Wahlen besetzt. Darüber hinaus wird über zahlreiche Dinge, zum Beispiel über finanzielle Unterstützung für Bildung oder Leistungen auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene wie das Anlegen von Parks und den Bau von Autobahnen durch Abstimmung in der Bevölkerung entschieden. Immer mehr politische Entscheidungen kommen durch Referenden oder Volksinitiativen zustande. Einige Politologen sind der Meinung, dass die Häufigkeit der Wahlen zum Rückgang der Wahlbeteiligung in den Vereinigten Staaten während der letzten 50

DAS WAHLVERFAHREN

Da in den Vereinigten Staaten vielen Wahlen auf kommunaler Ebene stattfinden, gibt es tausende von Wahlleitern, die für Organisation und Durchführung der Wahlen verantwortlich sind, einschließlich Auszählung und offizieller Bestätigung der Ergebnisse. Diese Wahlleiter haben wichtige und vielschichtige Aufgaben – sie legen die Wahltermine fest, bestätigen die Wählbarkeit der Kandidaten, registrieren die Wahlberechtigten und erstellen Wählerverzeichnisse, wählen Wahlrichtung aus, entwerfen Stimmzettel und mobilisieren eine riesige Zahl von Freiwilligen, die die Wahlen am Wahltag durchführen, die Stimmen auszählen und die Ergebnisse bestätigen.

– diesem in die Länge gezogenen Wettstreit, um einen Gewinner in der knappsten Präsidentschaftswahl der amerikanischen Geschichte zu ermitteln – hat vielen Amerikanern zum ersten Mal die Verwaltungsprobleme bewusst gemacht.

Wahlen in den Vereinigten Staaten bestehen aus zwei Phasen. Es gibt kein nationales Wählerverzeichnis, von daher muss sich der Bürger erst für eine Registrierung qualifizieren. Die Registrierung der Bürger findet am Wohnort statt; sie müssen sich also erneut registrieren lassen, wenn sie umziehen. Das System der Registrierung wurde eingeführt, um Betrug zu verhindern. Allerdings unterscheidet sich das Registrierungsverfahren von Staat zu Staat. In der Vergangenheit wurden Registrierungsverfahren manchmal verwendet, um bestimmte Wähler

lergruppen von der Wahl auszuschließen. In letzter Zeit gab es Bemühungen, die Anforderungen für eine Registrierung zu vereinfachen. Das Bundesgesetz zur Wählerregistrierung (*National Voter Registration Act* – das „Motor Voter“-Gesetz) aus dem Jahre 1993 ermöglicht den Bürgern, sich bei Behördengängen gleichzeitig zu registrieren, zum Beispiel wenn sie einen neuen Führerschein beantragen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der offiziellen Wahlleiter ist es sicherzustellen, dass jeder Wahlberechtigte auch auf den Wählerlisten steht – jedoch niemand, der dort nicht hingehört. Im Allgemeinen bemühen sich die kommunalen Wahlhelfer, möglichst viele Bürger auf den Listen zu führen, auch jene, die in letzter Zeit nicht gewählt haben, um so das Risiko zu vermeiden, Wahlberechtigte versehentlich zu streichen. Kommen Personen zur Wahl, deren Name nicht auf den Listen steht, so bekommen sie jetzt einen provisorischen Wahlzettel, um ihre Stimme abzugeben. Ihre Wahlberechtigung wird dann überprüft, bevor ihre Stimmen gezählt werden.

DIE ROLLE DER WAHLEITER

In den Vereinigten Staaten ist eine Wahl mit enormem Verwaltungsaufwand verbunden – sie wird lokal mit einem festgelegten Budget durchgeführt und soll genau sowie rechtzeitig ermitteln, wo die Sympathien der Wahlberechtigten liegen. Somit haben die Wahlleiter – normalerweise Angestellte des Landkreises oder der Stadt – eine aufreibende Aufgabe. Sie sind dafür verantwortlich, während des ganzen Jahres Wähler zu registrieren und zu bestimmen, wer bei welcher Wahl stimmberechtigt ist. Außerdem entwerfen sie die Stimmzettel für die Wahlen und stellen so sicher, dass alle bestätigten Kandidaten auf den Listen verzeichnet und alle zur Entscheidung stehenden Themen korrekt formuliert werden. Des Weiteren müssen sie versuchen, den Stimmzettel so einfach und klar wie möglich zu gestalten.

Zurzeit gibt es keine bundesweite Norm für Stimmzettel oder Wahlleinrichtungen. Normalerweise müssen die Wahlhelfer mehrsprachige Stimmzettel zur Verfügung stellen, manchmal sogar in verschiedenen Ausführungen. In manchen Verwaltungsbezirken muss die Reihenfolge der Kandidaten und Parteien nach dem Zufallsprinzip aufgelistet werden. Schließlich müssen die kommunalen Wahlhelfer entscheiden, welche Maschinen zur Stimmenauszählung benutzt werden. Natürlich müssen die Stimmzettel mit diesen Maschinen kompatibel sein. Als Reaktion auf die Probleme, die sich in Florida während der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 ergaben, hat der Kongress ein Gesetz verabschiedet, das den einzelnen Bundesstaaten und Landkreisen finanzielle Hilfe für den Einsatz der modernsten und zuverlässigsten Wahlverfahren gewährt.

Zwischen den Wahlen sind die Wahlhelfer für Lagerung und Pflege der Wahlleinrichtung verantwortlich. Diese Aufgaben werden normalerweise von Auftragnehmern wahrgenommen, nicht von den normalen Wahlhelfern. Eine der schwierigsten Aufgaben der Wahlhelfer ist die Einstellung und Ausbildung der vielen Arbeitskräfte, die extra für den Wahltag eingestellt werden, an dem sie zwischen 10 und 15 Stunden arbeiten.

Wenn sich die Ausrüstung oder die Stimmzettelformulare zwischen den Wahlen ändern, wird diese Ausbildung zu einer noch größeren Herausforderung. Die Logistik, die mit dem Transport der Maschinen sowie der Einstellung und Ausbildung der Wahlhelfer einhergeht, ist manchmal so zeitaufwändig, dass die Überprüfung der Wahlberechtigung Freiwilligen überlassen wird, die von den großen politischen Parteien gestellt werden. Da die Freiwill-

igen üblicherweise Vertreter der politischen Parteien sind, ist es unausweichlich, dass es manchmal zu Streitigkeiten über die Durchführung einiger Kommunalwahlen kommt.

DER WAHLGANG

Die zweite Phase der Wahl ist der öffentliche Zugang zur Abstimmung. Die meisten Wahlberechtigten geben ihre Stimme in einem Wahllokal in der Nähe ih-



Links oben:
Ein Funktionär der Stadt Dixville Notch, New Hampshire, gibt die symbolische erste Stimme bei der Präsidentschaftswahl 2000 ab.

Rechte Spalte, von oben nach unten:
Eine Frau mit Fahrrad gibt ihre Stimme bei einer offiziellen „drop site“, einem mobilen Wahllokal ab (Präsidentschaftswahl 2000, Portland, Oregon). Eine Frau im Nordosten hält ihre Tochter im Arm, während sie sich zur Stimmabgabe anstellt. Stimmabgabe einer Seniorin in einem Altersheim in Florida (Präsidentschaftswahlen 2000).

res Wohnortes ab. Landesweit gibt es in den einzelnen Wahlbezirken jedoch sowohl bei der geografischen Größe als auch bei der Zahl der zur Wahl stehenden und wahlberechtigten Personen erhebliche Unterschiede.

Entscheidungen über die Art der Einrichtungen und der Stimmzettel werden auf kommunaler Ebene getroffen, da die Systeme auch von dieser Ebene finanziert werden. Folglich hängen die Art des Wahlverfahrens sowie die Art der Einrichtungen und deren Zustand mit den sozioökonomischen Verhältnissen und dem Steueraufkommen der jeweiligen Kreise zusammen. Da mit den kommunalen Steuergeldern auch Schulen, Polizei, Feuerwehr, Parks und Freizeiteinrichtungen finanziert werden, sind die Investitionen in Wahltechnologie oft vernachlässigt worden.

Es gibt in den Vereinigten Staaten eine Vielzahl von Wahl-einrichtungen und -gerätschaften, und die Technologie in diesem Bereich ändert sich ständig. Heute wird nur noch selten mit Stimmzetteln aus Papier gewählt, bei denen der entsprechende Kandidat angekreuzt wird, wie in der Vergangenheit üblich. Für viele der computergestützten Systeme werden allerdings trotzdem Papierstimmzettel benötigt, bei denen Kreise ausgefüllt oder Linien verbunden werden. Diese Stimm-



Zachary Taylor,
Whig
(1849-1850)

zettel werden dann mechanisch eingelezen, um die Stimmen zu registrieren.

Viele Bezirke benutzen noch immer Maschinen mit einem „Hebel“. Die Wähler betätigen diesen kleinen Hebel und markieren so den Namen ihres bevorzugten Kandidaten oder ein Anliegen, das sie unterstützen möchten. Am Ende werden ihre Stimmen durch Betätigung eines großen Hebels registriert. Diese Maschinen sind seit über 30 Jahren nicht mehr hergestellt worden, von daher ist ihre Instandhaltung besonders schwierig und kostenintensiv. Folglich werden sie nach und nach ausgemustert.

Sehr weit verbreitet ist auch eine Maschine, die mit „Loch-

Eine grundlegende Änderung der Wahlgänge hat sich in den letzten Jahren dadurch ergeben, dass die Wähler bereits vor dem Wahltag die Wahlunterlagen erhalten. Dieser Trend begann mit Briefwahlunterlagen für Wähler, die wissen, dass sie am Wahltag nicht zu Hause (also nicht am Wahlort) sein werden. Einige Wahlbezirke liberalisierten diese Regelung kontinuierlich, so dass Bürger jetzt als „dauerhaft abwesend“ registriert werden und einen Stimmzettel per Post nach Hause geschickt bekommen können.

Eine andere Neuregelung ist die „Frühwahl“, bei der Wahlmaschinen in Einkaufszentren und anderen öffentlichen Einrichtungen bis zu drei Wochen vor dem Wahltag aufgestellt werden. Bürger können also wählen, wann es ihnen am besten passt. In einigen Staaten können Bürger per Post wählen. In Oregon bekommen alle Bürger 20 Tage vor dem Wahltag einen Wahlzettel zugesandt, den sie entweder per Post zurückschicken oder an einem dafür bestimmten Ort persönlich abgeben können. Andere Orte – wie Seattle und King County im Staat Washington – haben sich für das Wählen per Post entschieden, aber die Nachbarbezirke nutzen weiterhin elektronische Aufnahmegerate oder Lochkarten. In den gesamten Vereinigten Staaten gibt inzwischen mehr als ein Fünftel der Wählerschaft die Stimme vor dem so genannten „Wahltag“ ab.

STIMMAUSZÄHLUNG

Da der Prozentsatz der Bürger, die vor dem Wahltag ihre Stimme abgeben, stetig wächst, wäre es angemessener, den ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November – Amerikas traditionellem Präsidentschaftswahltag – nicht als „Wahltag“, sondern als „Zähltag“ zu bezeichnen. Obwohl Wählen vor dem Wahltag immer beliebter wird, werden die Stimmen nicht vor dem Wahlabend ausgezählt um zu vermeiden,

dass vor Schließung der Wahllokale Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, welcher Kandidat in Führung liegt. Diese Art der Vorabinformation könnte den Stil der Kampagne, die Bemühungen der Wahlteams und die Wahlbeteiligung beeinflussen.

Die Präsidentschaftswahl 2000 lehrte uns viele wichtige Lektionen zur Stimmauszählung. Laut Urteilsspruch des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten lag das Hauptproblem bei der umstrittenen Wahl in der Anwendung einheitlicher Standards beim Auszählen verschiedener Arten von Stimmzetteln. In einigen Wahlbezirken werden Stimmzettel von Abwesenden anders behandelt als jene, die direkt vor Ort abgegeben werden. Folglich müssen in Zukunft eventuell mehrere verschiedene Berechnungen angestellt werden. Stimmzettel von abwesenden Wählern werden in einigen Bezirken nicht gezählt, wenn ihre Zahl geringer ist als der Unterschied zwischen den beiden führenden Kandidaten.

Bei der Wahl im Jahr 2000 stellte sich heraus, dass Wahlmaschinen sich verhalten wie andere elektromechanische Geräte auch: Sie sind mit einer Fehlertoleranz ausgestattet, aber sie benötigen regelmäßige Wartung, um so genau wie möglich zu funktionieren. Ist der Wahlausgang sehr knapp, so können die Berechnungsgeräte bei der Auszählung zu leicht unterschiedlichen Ergebnissen kommen, wenn die Stimmen mehr als einmal gezählt werden.

Wird eine landesweite Wahl durch einen Stimmenunterschied von weniger als 0,5 Prozent bei der Direktwahl entschieden und weist das Wahlergebnis eines Staates – in diesem Fall Florida – aus einer Gesamtzahl von 5,8 Millionen Stimmen, die für George W. Bush und Al Gore abgegeben wurden, nur eine Differenz von 202 auf, so können die Berechnungsverfahren und -geräte in die Kritik geraten. Ein großer Teil der Stimmen wurde in Florida per Lochkarte abgegeben. Ein Kritikpunkt war die Wartung der



Millard Fillmore,
Whig
(1850-1853)



Oben:
Eine Beamtin in Georgia betätigt eine neue Touchscreen-Wahlmaschine im Oktober 2002. Das System wurde für den Einsatz bei den Wahlen im November vorbereitet.
Mitte unten:
Ein Wahlbeamter überprüft die Registrierung von Wählern in Dearborn, Michigan, am 7. November 2000.

karten“ arbeitet. Der Wahlzettel befindet sich entweder auf einer Karte, die neben dem Namen des Kandidaten gelocht oder gestanzt wird, oder die Karte wird in einen Halter eingeführt, der den Stimmzettel abbildet und dann gelocht. Diese Form des Wahlzettels hat bei den Stimmauszählungen der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 in Florida zu Kontroversen geführt und wird deswegen ebenfalls aus dem Verkehr gezogen.

Der derzeitige Trend geht zur Verwendung von elektronischen Aufnahmegeräten mit computergestützten Touchscreens, die Bankautomaten ähneln. Obwohl viel über das Wählen per Computer oder Internet diskutiert wird, das den Prozess vereinfachen soll – und eines dieser Systeme bereits bei einer Vorwahl in Arizona ausprobiert wurde – arbeiten Sicherheitsexperten noch an der Verfeinerung dieser Systeme, so dass sie bis jetzt noch nicht sehr verbreitet sind.



Franklin Pierce,
Demokrat
(1853-1857)



Maschinen, ein anderer die Beschaffenheit der Wahlzettel, die es dem Wähler ermöglichen muss, lesbare Löcher hineinzustanzten. In manchen Orten stiftete die Gestaltung der Wahlzettel Verwirrung, besonders bei älteren Wählern. Dies könnte dazu geführt haben, dass einige Wähler ihre Stimme versehentlich einem Kandidaten gaben, den sie nicht wählen wollten.

Der knappe Wahlausgang in Florida und die Tatsache, dass Florida der letzte Staat beim Abschluss der Stimmauszählung war, führte dazu, dass sich sowohl das Wahlkampfteam von Bush als auch das Team von Gore in den Wochen nach dem Wahltag auf diesen Staat konzentrierten. Da das amerikanische Wahlsystem auf kommunaler Basis funktioniert und das Wahlmännerkollegium dem Kandidaten die jeweiligen Stimmen aus dem Staat nach dem *winner-take-all*-Prinzip (System, das dem Wahlsieger alle Stimmen zuerkennt) zuschlägt, klagten beide Seiten vor Floridas Gerichten. Jedes Team suchte sich die Wahlorte heraus, von denen es sich die günstigste Entscheidung bei den zu klärenden Rechtsfragen und die besten Chancen für eine Anfechtung bestimmter Wahlstimmen erhoffte. Kein Team forderte eine Neuauszählung der Stimmen für den gesamten Staat. Schließlich landete der Fall beim Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten zur rechtskräftigen Entscheidung. Dieses entschied in seinem Urteil, dass die Neuauszählung beendet werden solle und damit die ursprüngliche Bestätigung des Wahlergebnisses durch den Wahlbeauftragten des Staates gültig bleibe. So gingen die 25 Stimmen der Wahlmänner an George W. Bush, er erhielt die Mehrheit der Stimmen des Wahlmännerkollegiums und sicherte sich die Präsidentschaft.

DIE REFORMBEWEGUNG

Eine klare Lehre konnte aus der Wahl 2000 gezogen werden: Floridas Probleme bei der Wahlverwaltung, den Wahlgängen und der Stimmauszählung hätten, zumindest teilweise, in fast jedem Wahlbezirk der Vereinigten Staaten auftreten können. Obwohl dies wahrscheinlich nicht die gleichen Folgen gehabt hätte, da eine Wahl selten so knapp entschieden wird wie die Präsidentschaftswahl 2000, wurden verschiedene Problembereiche hervorgehoben. Mehrere Studien wurden in Auftrag gegeben und verschiedene Gremien hörten Sachverständige zur Notwendigkeit von Reformen an. Obgleich es sowohl bei der Überprüfung als auch bei den schließlich unterbreiteten Reformvorschlägen Elemente gab, die parteipolitisch gefärbt waren, überwog die Auffassung, dass Handeln im Vorfeld der Wahlen 2004 nötig sei.

Im Jahr 2002 verabschiedete der 107. Kongress ein Gesetz, das den Wahlprozess vereinheitlichte (*Help America Vote Act – HAVA*). Dieses Gesetz enthält mehrere bemerkenswerte Elemente: Zum einen stellte die Regierung den einzelnen Staaten und Bezirken Geld zur Verfügung, um veraltete Lochkarten- und Hebelwahlmaschinen zu ersetzen. Zum anderen wurde durch das Gesetz eine Wahlhilfekommission ins Leben gerufen, um die örtlichen Wahlleiter fachlich zu unterstützen und allgemeingültige Normen für Wahlrichtungen einzuführen. Die Wahlhilfekommission wird freiwillige Richtlinien für Wahlsysteme sowie für Erprobung und Zertifizierung von Hard- und Software für Wahlsysteme vorschlagen. In den Aufgabenbereich der Kommission fällt außerdem die Schaffung von Forschungsprogrammen. Damit soll Folgendes untersucht werden: Der Aufbau von Wahlmaschinen und die Gestaltung von Stimmzetteln, Methoden der Registrierung, Methoden für vorläufige Wahlen, Möglichkeiten zur Verhinderung von Betrug, Verfahren zur Einstellung und Ausbildung von Wahlhelfern, Bildungsprogramme für Wähler, Verfahren mit dem Ziel, die Auszählungsprozesse für Bundesämter in den einzelnen Staaten einheitlicher zu gestalten und alternative Methoden, Wahlen für

Bundesämter abzuhalten. HAVA ist eine wichtige Abkehr von der bisherigen Position der amerikanischen Regierung, die in der Vergangenheit nicht Willens war, sich in Belange einzuschalten, die bislang als kommunale Aufgaben betrachtet wurden. Nach der Wahl 2000 allerdings, ganz besonders nach dem Streit um die Stimmen in Florida, hat diese Verfahrensreform geholfen, den Glauben der Amerikaner an ihr Wahlsystem wiederherzustellen. Und die damit verbundenen Kosten sind gering, wenn man bedenkt, dass Wahlen die gesetzliche Grundlage einer funktionierenden Demokratie sind. ■



Amerikanische Diplomaten und ihre Familien bei der Briefwahl vor dem Amerikanischen Konsulat in Bombay, Indien, am 17. Oktober 2000.

Michael W. Traugott ist Professor für Kommunikations- und Politikwissenschaft an der University of Michigan. Er ist Mitverfasser folgender Werke: Voter's Guide to Election Polls and Election Polls, the News Media and Democracy. Zurzeit konzentriert sich seine wissenschaftliche Arbeit auf die Auswirkungen der Reform des Wahlprozesses.



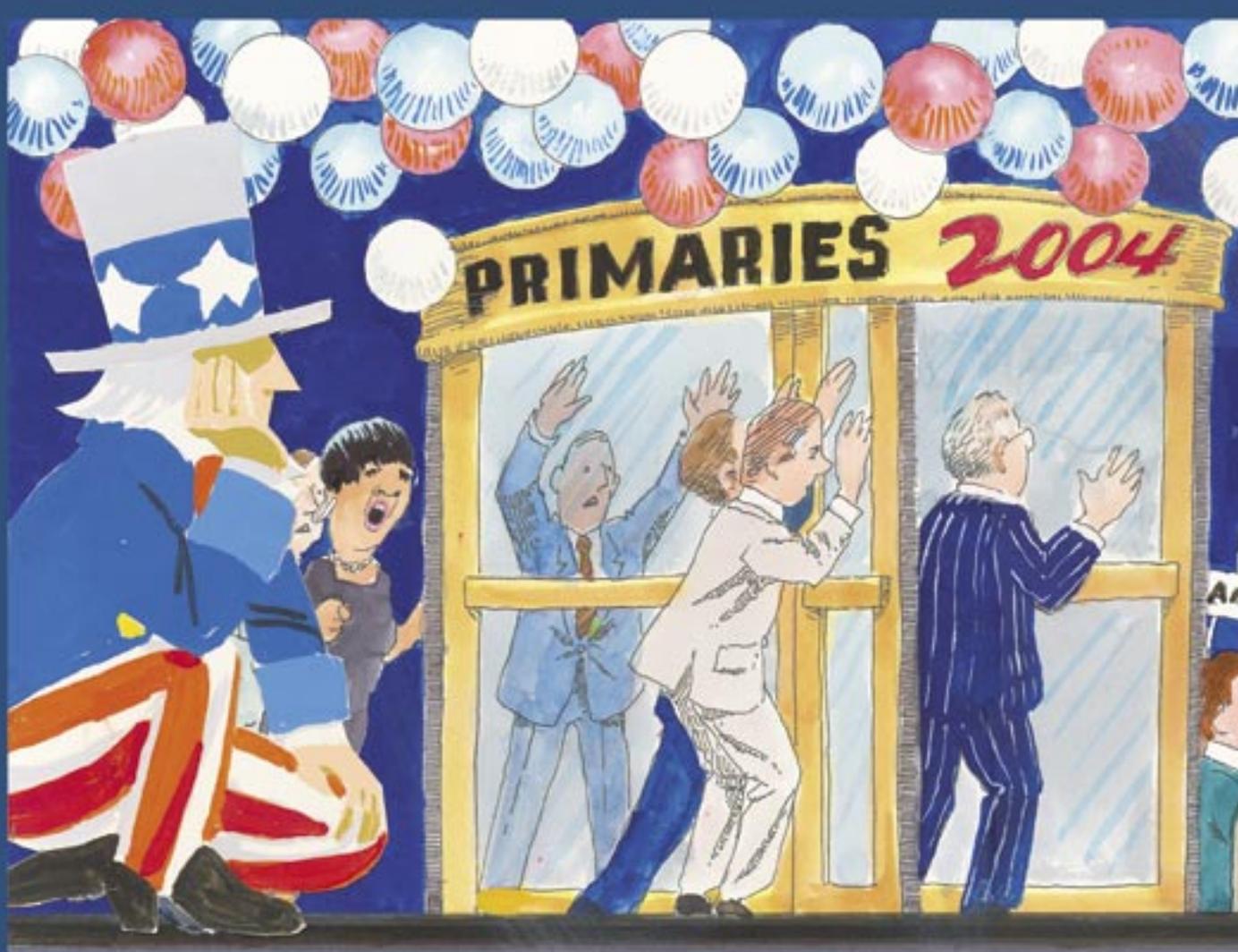
James Buchanan, Demokrat (1857-1861)



Abraham Lincoln, Republikaner (1861-1865)



Andrew Johnson, Union (1865-1869)

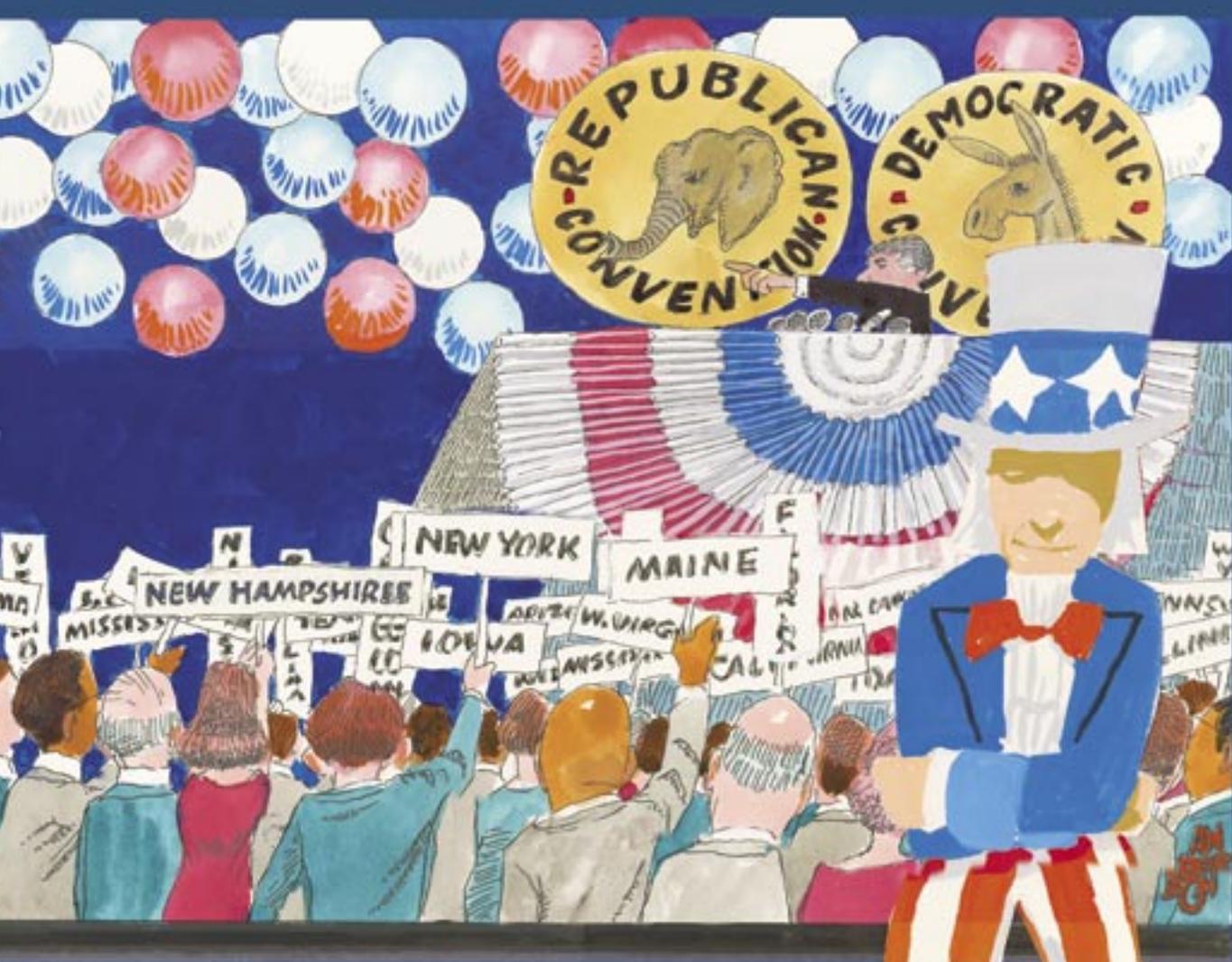


WAHLJAHR 2004 WICHTIGE TERMINE

Daten der Vorwahlen, parteiinternen Wahlversammlungen und Parteitage im Präsidentschaftswahlkampf

In den Vereinigten Staaten sind parteiinterne Wahlversammlungen und Vorwahlen notwendig, um die Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen. Dieser Kalender bietet einen Überblick über die Termine der Vorwahlen und parteiinternen Wahlversammlungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2004.

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf versteht man unter einem "Caucus" im Allgemeinen eine Versammlung der Parteimitglieder auf Bundesstaatenebene während des Nominierungsprozesses für den Präsidentschaftskandidaten. Der Zweck dieses Systems von Parteiversammlungen besteht darin, durch die Wahl der Delegierten festzustellen, welchen Kandidaten die Parteimitglieder in den einzelnen Bundesstaaten bevorzugen. Vorwahlen haben eine ähnliche Funktion, aber sie sind direkte Wahlen, bei denen ein Kandidat einer politischen Partei für ein öffentliches Amt bestimmt wird. Abhängig vom Gesetz des jeweiligen Bundesstaates können die Wähler ihre Stimme direkt für ihren bevorzugten Präsidentschaftskandidaten abgeben oder für Delegierte stimmen, die sich zur Unterstützung eines bestimmten Präsidentschaftskandidaten beim Parteitag „verpflichtet“ haben.



19. Januar
Iowa

27. Januar
New Hampshire

3. Februar
Arizona
Delaware
Missouri
Oklahoma
South Carolina (Demokraten)
New Mexico (Demokraten)
North Dakota

7. Februar
Michigan (Demokraten)

8. Februar
Maine (Demokraten)

10. Februar
Tennessee
Virginia
District of Columbia (Republikaner)

14. Februar
District of Columbia (Demokraten)
Nevada (Demokraten)

17. Februar
Wisconsin

24. Februar
Utah (Demokraten)
Hawaii
Idaho

2. März
California
Connecticut
Georgia
Maryland
Massachusetts
New York
Ohio
Rhode Island
Vermont
Washington
Minnesota

9. März
Florida
Louisiana
Mississippi
Texas

13. März
Kansas (Demokraten)

16. März
Illinois

20. März
Alaska (Demokraten)
Wyoming (Demokraten)

13. April
Colorado (Demokraten)

27. April
Pennsylvania

4. Mai
Indiana
North Carolina

6. - 8. Mai
Wyoming (Republikaner)

11. Mai
Nebraska
West Virginia

15. Mai
Wyoming (Demokraten)

18. Mai
Arkansas
Kentucky
Oregon

25. Mai
Idaho

1. Juni
Alabama
New Mexico
South Dakota

8. Juni
Montana
New Jersey

26. - 29. Juli
Bundesparteitag der Demokraten
Boston

30. August - 2. September
Bundesparteitag der Republikaner
New York City



DIE WAHLEN ZUM KONGRESS

VON JOHN H. ALDRICH

Während sich die Medien im Jahr 2004 vornehmlich auf die Präsidentschaftswahlen konzentrieren werden, geben die Amerikaner auch ihre Stimme ab, um weitere tausende Politiker in ein Amt zu wählen. Vor allem bei den Wahlen zum amerikanischen Kongress könnte es einen ebenso harten Konkurrenzkampf geben wie bei den Präsidentschaftswahlen, und sie könnten beinahe ebenso wichtig sein. Zurzeit ist das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden großen Parteien im Kongress ziemlich ausgewogen. Tatsächlich haben die Republikaner nur eine Mehrheit von 12 Sitzen (von insgesamt 435) im Unterhaus – dem Repräsentantenhaus – und nur 51 von 100 Sitzen im Senat – dem Oberhaus.

Die Kongresswahlen sind auch wegen der zentralen Rolle des Kongresses im politischen Entscheidungsprozess wichtig. Im Gegensatz zu einem parlamentarischen System sieht das amerikanische System die Gewaltenteilung zwischen dem Kongress und dem Präsidenten vor. Der Kongress verfasst und verabschiedet alle Gesetze. Ebenfalls im Gegensatz zum parlamentarischen System wird die Parteidisziplin häufig weniger genau eingehalten. Die Abgeordneten des Kongresses können über Maßnahmen nach ihrem Gutdünken abstimmen, auch so, wie sie es ihnen für ihre Wiederwahl am geeignetsten erscheint. Infolgedessen müssen die Kongressabgeordneten jedes Parteimitglied einzeln für sich gewinnen, statt mit der einhelligen Unterstützung einer äußerst disziplinierten Partei rechnen zu können. So wird jeder Sieg oder jede Niederlage im Kongress für beide Parteien wichtig.

Durch getrennte und unabhängige Wahlen für jedes Amt kann leicht eine Situation entstehen, in der eine Partei den Kongress kontrolliert, während ein Mitglied der anderen Partei der Präsident ist. Diese so genannte geteilte Regierung ist üblich geworden. In den letzten 24 Jahren haben 16 Mal unterschiedliche Parteien das Repräsentantenhaus und die Präsidentschaft kontrolliert, wobei die Republikaner seit 1994 die Mehrheit im Repräsentantenhaus halten. Von 1994 bis 2000 – den letzten sechs Jahren der achtjährigen Regierungszeit des demokratischen Präsidenten Bill Clinton – kontrollierten sie auch den Senat.

Bei den Wahlen 2000 gewannen die Republikaner die Präsidentschaft und behielten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus. Beide Parteien hielten jedoch 50 Sitze im Senat. Die Verfassung verleiht dem Vizepräsidenten (dem Republikaner Dick Cheney) die entscheidende Stimme im Senat. Damit hatten die Republikaner nach den Wahlen 2000 die allerknappste Mehrheit und somit die alleinige Kontrolle der Bundesregierung.

Im Juni 2001 verließ der republikanische Senator James Jeffords die Republikanische Partei. Dadurch ging die Kontrolle des Senats wieder auf die Demokraten über, und es gab wieder eine geteilte Regierung. Die Demokraten ihrerseits verloren diese winzige Mehrheit bei den Wahlen 2002; damit erlangten die Republikaner erneut die alleinige Kontrolle.

WIE DER KONGRESS GEWÄHLT WIRD

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben nahezu gleiche Befugnisse, aber sie werden auf sehr unterschiedliche Weise gewählt. Die Gründerväter der amerikanischen Republik wollten, dass die Mitglieder des Repräsentantenhauses der Öffentlichkeit nahe sind und ihre Wünsche möglichst getreu in der Gesetzgebung wiedergeben. Aus diesem Grund sahen die Gründer ein ziemlich großes Repräsentantenhaus und häufige Wahlen (alle zwei Jahre) vor. Anfänglich erachteten einige eine zweijährige Amtszeit als zu lang. Heute besteht eher die Besorgnis, dass sich die Amtsinhaber aufgrund der häufigen Wahlen immer zur Wiederwahl stellen

müssen und daher mehr an einem Wahlausgang zu ihren Gunsten als am Wohle der Nation interessiert seien.

Jeder Sitz im Repräsentantenhaus steht für einen geografischen Wahlkreis, und jedes Mitglied wird mit der einfachen Stimmenmehrheit des einzelnen Wahlbezirks gewählt (*single-member district*), das heißt, der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt die Wahl. Jedem der 50 Bundesstaaten steht mindestens ein Sitz im Repräsentantenhaus zu, die übrigen werden den Staaten entsprechend der Einwohnerzahl zugeweiht. Alaska beispielsweise hat sehr wenige Einwohner und daher nur einen Sitz im Repräsentantenhaus. Kalifornien hat die höchste Einwohnerzahl und derzeit 53 Sitze.

Der Senat soll die Bundesstaaten vertreten, und tatsächlich wurden ursprünglich die Senatoren von den Gesetzgebern der Bundesstaaten gewählt. Erst seit der Verabschiedung des 17. Zusatzartikels zur Verfassung im Jahr 1913 werden sie direkt von den Wählern ihres Bundesstaats gewählt. Jeder Bundesstaat wählt zwei Senatoren für eine sechsjährige Amtszeit, wobei ein Drittel der Sitze im Senat alle zwei Jahre zur Wiederwahl steht. Die Senatoren werden also in Wirklichkeit mit der Stimmenmehrheit der Wählerschaft gewählt, wobei ein Bundesstaat als Wahlbezirk mit Mehrheitswahlrecht dient.

Durch Stimmenmehrheit entschiedene Wahlen führen – vor allem in Wahlbezirken mit Mehrheitswahlrecht – meistens zu einem System mit nur zwei großen politischen Parteien. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Kandidaten dritter Parteien geringe Chancen auf einen Wahlsieg haben. Die Wähler ziehen es vor, ihre Stimme nicht für einen ihrer Ansicht nach hoffnungslosen Wahlkampf zu „verschwenden“, und Kandidaten, die die Wahl gewinnen möchten, vermeiden daher Bündnisse mit hoffnungslosen Parteien. Da kleinere, nur am Rande vertretene Parteien keine Stimmenmehrheit erringen, kommt die Stimmenminderheit für gewöhnlich einer der beiden großen Parteien zugute, statt



Ulysses S. Grant,
Republikaner
(1869-1877)



Rutherford B. Hayes,
Republikaner
(1877-1881)



James A. Garfield,
Republikaner
(1881)



Chester A. Arthur,
Republikaner
(1881-1885)

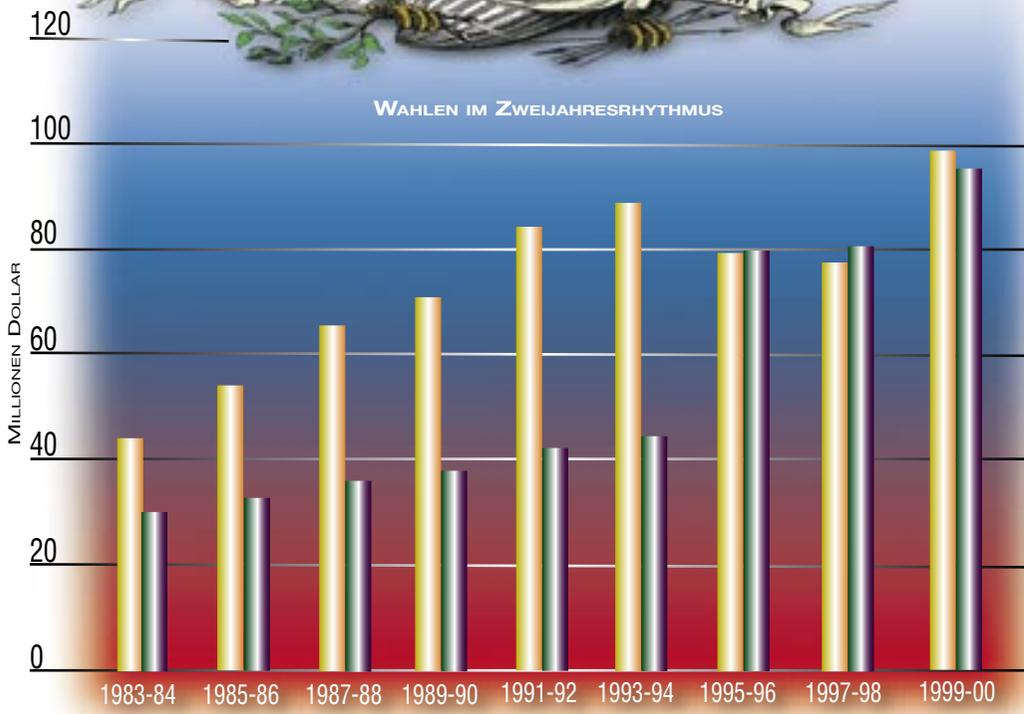


ABB. 1

ABB. 1:
FINANZIELLE
UNTERSTÜTZUNG
DER POLITICAL
ACTION COMMITTEES
FÜR WAHLKAMPAGNEN
DES US-REPRÄSENTAN-
TENHAUSES, NACH
PARTEI AUFGESCHLÜSSELT,
1983-2000
 Quelle: U.S. Statistical Abstract

den Splittergruppen mit weniger populären Programmen. Im gesamten Verlauf ihrer Geschichte hatten die Vereinigten Staaten nie mehr als zwei große Parteien. Selbst heute, auf dem Höhepunkt von so genannten „Persönlichkeitswahlen“ versuchen dritte Parteien und deren Kandidaten häufig, die Wahlen zu gewinnen, was ihnen allerdings selten gelingt. Nach den Wahlen 2002 waren nur zwei der 435 Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses unabhängig, und es gab nur einen unabhängigen Senator in dem 100 Abgeordnete zählenden Senat. Alle anderen Sitze in beiden Häusern wurden von Mitgliedern der Republikanischen oder der Demokratischen Partei gewonnen – den beiden großen Parteien der Vereinigten Staaten seit 1860.

Einflussfaktoren bei den Kongresswahlen

In der amerikanischen Geschichte waren Kongresswahlen meistens parteibezogen. Da die meisten Wähler seit langem Anhänger der einen oder anderen Partei waren, tendierten sie dazu, ihre Stimme entsprechend der Parteilinie abzugeben. Abgeordnete des Kongresses wurden oft wiedergewählt und hatten ihre Position manchmal jahrzehntelang inne, weil die Mehrheit ihrer Wähler ihre Partei unterstützte. Ihre Leistungen als Amtsinhaber beeinflussten den Grad der Unterstützung nur unwesentlich (oder schmäleren sie). In jüngerer Zeit sind die Persönlichkeit der Kandidaten und die Wahlkampfthemen Kräfte, die neben der Parteitreu ins Gewicht fallen. Tatsächlich wurden die Bundeswahlen seit den sechziger Jahren zunehmend kandidatenbezogen. Die Fähigkeit der Kandidaten, den Wahlkampf über das Fernsehen zu führen, enorme Summen aufzubringen, Meinungsumfragen durchzuführen

und andere Mittel des modernen Wahlkampfes rückten den Kandidaten als Einzelperson stärker ins Bewusstsein der Wähler. Infolgedessen begannen die Wähler, zusätzlich zur Parteitreu die Stärken und Schwächen der beiden Kandidaten zu berücksichtigen. Eine kandidatenbezogene Wahl ist von großem Vorteil für die Amtsinhaber im Kongress. Die Amtsinhaber sieht man sehr viel häufiger im Fernsehen und in den Zeitungen als ihre Herausforderer. Mit der vermehrten Präsenz in den Medien und beträchtlichem Einfluss auf die öffentliche Politik können die Amtsinhaber auch sehr viel mehr Geld für ihren Wahlkampf aufbringen. Aus diesen und anderen Gründen haben Amtsinhaber, die sich der Wiederwahl stellen, große Chancen zu gewinnen. 2002 stellten sich 398 Mitglieder des Repräsentantenhauses der Wiederwahl, und nur 16 erlitten eine Niederlage. Auch von den 26 kandidierenden Senatoren verloren nur drei. Mit einer Wiederwahlquote von 88 Prozent für den Senat und 96



Vizepräsident Dick Cheney gibt als Senatspräsident am 23. Mai 2003 die entscheidende Stimme im Senat ab.



Robert Byrd aus West Virginia, langjähriger Senator der Demokraten, spricht mit einer Gruppe von Menschen vor dem Senatssaal, 2003.

ABB. 2:
FINANZIELLE
UNTERSTÜTZUNG DER
POLITICAL ACTION
COMMITTEES FÜR
AMTSINHABER UND
HERAUSFORDERER
BEI DEN WAHLEN
DES REPRÄSENTANTEN-
HAUSES, 1983-2000

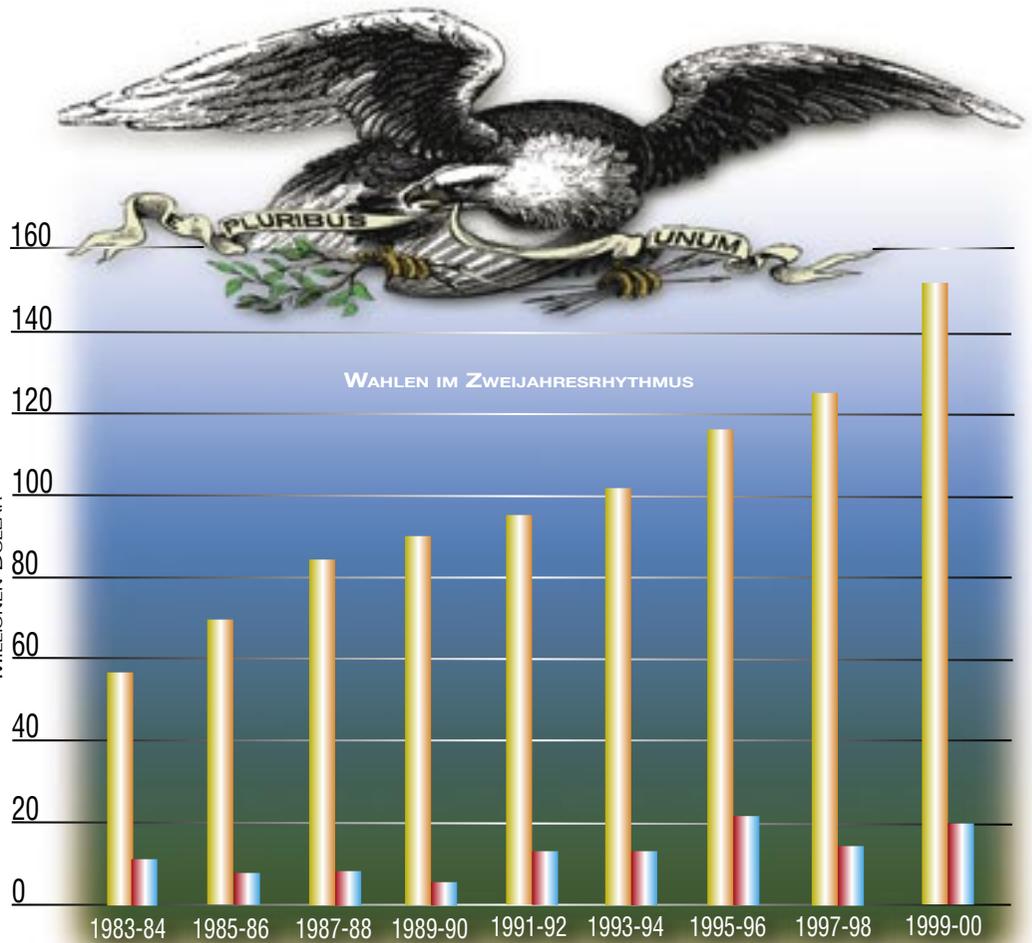


ABB. 2



Grover Cleveland,
 Demokrat
 (1885-1889) (1893-1897)



Benjamin Harrison,
 Republikaner
 (1889-1893)

Prozent für das Repräsentantenhaus sind Kongresswahlen zu Recht nicht nur auf den Kandidaten bezogen, sondern auch auf den Amtsinhaber. Mit mehr Geld und Medienberichterstattung gewinnen die Amtsinhaber, da sie – im Gegensatz zu ihren Herausforderern – der Wählerschaft bekannt sind. Meinungsumfragen belegen, dass neun von zehn Befragten den Namen ihres amtierenden Senators oder ihres Vertreters im Repräsentantenhaus, aber kaum mehr als die Hälfte den Namen des wichtigsten Herausforderers kennen – und das sogar gegen Ende des Wahlkampfes. Aufgrund ihres geringen Bekanntheitsgrads fällt es den Herausforderern sehr schwer, die Geldgeber davon zu überzeugen, sie zu unterstützen. Das führt bedauerlicherweise oft dazu, dass möglicherweise starke Kandidaten sich nicht gegen etablierte Amtsinhaber aufstellen lassen, und diejenigen, die kandidieren, haben Schwierigkeiten, Geld für ihren Wahlkampf aufzubringen. Die Höhe der Gelder, die den Kandidaten für den Kongress von politischen Aktionsausschüs-

sen (*political action committees – PACs*) zufließen, unterstreicht die Bedeutung von Geld, Partei und Amt bei Kongresswahlen. Bemerkenswert ist auch, dass die Demokraten bei der Unterstützung durch die PACs bis 1994 einen beträchtlichen Vorteil hatten, das heißt, während der Jahre, in denen sie die Mehrheitspartei waren. In den letzten drei Wahlzyklen holten die Republikaner bei der Unterstützung durch die PACs zu den Demokraten auf. Bei einem solchen Kopf-an-Kopf-Rennen erhalten beide Parteien jetzt praktisch Beträge in gleicher Höhe von den PACs. Der enorme Vorteil der Amtsinhaber beim Spendenaufkommen ist bei jeder Wahl offensichtlich. Tatsächlich ist der von den PACs an die Amtsinhaber geflossene Betrag in den letzten beiden Jahrzehnten beträchtlich gestiegen, während die an die Herausforderer gehenden Gelder sehr viel weniger zugenommen haben. Mit wachsender Bekanntheit der Herausforderer bei den Wählern nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass beide Kandidaten gleich behandelt werden.

Die Wähler entscheiden sich dann für den Kandidaten, der ihrer Ansicht nach für das schlagkräftigere Programm steht. Welche Appelle sind bei Kongresswahlen am wirkungsvollsten? Auch das hat sich geändert, besonders bei den letzten Wahlen. Bis vor kurzem wurden Kongresswahlen nicht aufgrund nationaler Themen, sondern nach den besonderen Interessen und Anliegen eines Bezirks entschieden. Dies traf besonders auf die Zwischenwahlen zu – das heißt, die in der Mitte der vierjährigen Amtszeit des Präsidenten abgehaltenen Wahlen – die daher nicht zwangsläufig auf nationale Themen konzentriert sind wie der Präsidentschaftswahlkampf. Diese lokale Ausrichtung der Wahlen passt gut zur zunehmenden Bedeutung von kandidatenbezogenen Wahlen, da die Kandidaten ihre Reden auf den jeweiligen Wahlbezirk zuschneiden können.

Die Wahlen 1994 waren ein Wendepunkt. Die Republikanische Partei errang die Mehrheit im Senat und gewann die beeindruckende Zahl von 52 Sitzen von der Demokratischen Partei im Re-

präsentantenhaus hinzu. Zum ersten Mal seit 40 Jahren bekam sie dort eine eigene Mehrheit. Ein Teil der Strategie ihres Parteivorsitzenden, *Speaker* des Repräsentantenhauses Newt Gingrich, war ein Zehnpunkte-Legislativprogramm mit dem Namen „Vertrag mit Amerika“. Bereits am Anfang der Kampagne unterstützte eine große Mehrheit der republikanischen Kandidaten für das Repräsentantenhaus diesen Vertrag, der nach der Wahl in ungewöhnlichem Maß an Bedeutung gewann. Gingrich versprach – außerordentlich erfolgreich – die neue republikanische Mehrheit würde den Vertrag in nur 100 Tagen im Repräsentantenhaus verabschieden. Diese Bestrebungen erhöhten das Ansehen des Repräsentantenhauses und seiner Führung. Damit wurden Maßstäbe gesetzt, nach denen nationale Themen und eine Art nationales Parteiprogramm ein wichtiger Teil der Zwischenwahlkampagne sein könnten.

Die beiden seit 1994 abgehaltenen Zwischenwahlen waren ebenso überraschend wie die Wahlen 1994. 1998 gewann die Partei des amtierenden Präsidenten zum ersten Mal im Repräsentantenhaus Sitze von der Oppositionspartei hinzu (in diesem Fall fünf, beziehungsweise sechs Sitze). Obwohl die Republikanische Partei ihre Mehrheit im Kongress behielt, stand sie als Verlierer der Wahlen 1998 da. Viele Parteimitglieder waren der Ansicht, dieser Verlust sei darauf zurückzuführen, dass man keinen klaren nationalen Standpunkt zum Wahlkampfprogramm vertreten habe. Die Demokraten konnten bei der Wahl 2002 keine Sitze hinzugewinnen und verfehlten die Mehrheit. Und wiederum – ob wahr oder nicht – führten viele Parteivorsitzende die Niederlage auf das Versäumnis der Partei zurück, ein nationales Wahlprogramm aufzustellen.

KONGRESSWAHLEN 2004

Die dramatischen Umschwünge bei den Kongresswahlen in den letzten zehn Jahren machen eine Vorhersage riskant. Die wichtigste Tatsache ist vielleicht, dass die alte Art und Weise, Wahlkampagnen zu führen, nicht mehr die effektivste ist und die Wähler anders zu einer Entscheidung gelangen. Trotz allem gibt es einige

Dinge, auf die man im Jahr 2004 achten kann.

Die dringlichste Frage für die Wahl 2004 ist, ob die Demokraten genügend Sitze gewinnen können, um die Mehrheit im Repräsentantenhaus wiederzuerlangen. Nur 34 Sitze im Senat stehen zur Wahl, davon sind 19 momentan von den Demokraten besetzt. Darüber hinaus sahen sich beim letzten Mal weniger Republikaner einem starken Konkurrenzkampf ausgesetzt, und 22 Wahlen werden in den Bundesstaaten abgehalten, in denen George W. Bush 2000 gewonnen hat. Daher scheint



es unwahrscheinlich, dass die Demokraten erwarten können, Sitze im Senat hinzuzugewinnen. Die republikanische Senatsmehrheit scheint also sicher, und die Aufmerksamkeit wird sich auf das Repräsentantenhaus richten.

Beide Parteien versuchen, die stärksten Kandidaten zu gewinnen und Ressourcen für die Wahlen zum Repräsentantenhaus zu mobilisieren. Es hängt viel davon ab, neue Kandidaten für das Repräsentantenhaus zu gewinnen, besonders solche mit Wahlkampf Erfahrung wie beispielsweise Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten. Genauso wichtig ist allerdings das Ausmaß, in dem der Präsidentschaftskandidat ihrer Partei die Chancen der Kandidaten für das Repräsentantenhaus stärkt oder schwächt, besonders derjenigen, die sich um Sitze bewerben, deren momentaner Inhaber sich nicht zur Wiederwahl stellt. Eine Kombination von starken und erfahrenen Kandidaten für das Repräsentantenhaus und einer guten Wahlkampagne des Präsidentschaftskandidaten der Partei kann zu den größten Schwankungen

bei der Sitzverteilung zwischen den beiden Parteien führen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich „die Länge der Rockschöße des Präsidenten“ – das heißt, die Zahl der Wähler, die ihre Stimme derselben Partei für den Kongress und den Präsidenten geben – verkürzt. Die beiden Wahlen sind relativ unabhängig voneinander. Abgesehen davon hatte diese Verbindung bei den Wahlen 2000, bei denen die beiden Präsidentschaftskandidaten fast gleich viele Stimmen erhielten, für keine der beiden Parteien einen Vorteil bei den Kongresswahlen. Mit

Mitte:

Die republikanische Abgeordnete für Florida, Kathleen Harris, schüttelt ihrem demokratischen Pendant Kendrick Meek die Hand, während sich die neuen Mitglieder des Repräsentantenhauses auf ein Gruppenfoto vorbereiten (November, 2002).

Rechts, von oben nach unten: Denise Majette, Kandidatin der Demokraten für die Kongresswahlen bei den Vorwahlen dankt ihren Unterstützern (August 2002, Decatur, Georgia).

Die texanische Senatorin Kay Bailey Hutchison winkt Ihren Anhängern nach Ihrer Antrittsrede vor dem Texas State Capitol in Austin zu (7. November 2000).

Ernie Fletcher, republikanischer Abgeordneter für Kentucky, feiert am gleichen Tag seine Wiederwahl in den Kongress.



einem Amtsinhaber, der sich aller Voraussicht nach zur Wiederwahl stellt und mit einer solchen Ausgewogenheit der Sitze beider Parteien im Kongress könnte das Gleichgewicht zwischen den beiden Parteien im Kongress sehr wohl von den für die Präsidentschaftswahl abgegebenen Stimmen abhängen. Sollte Präsident Bush die hohen Zustimmungsraten behalten können, die er während und unmittelbar nach dem Krieg mit dem Irak erhielt, könnte er den Stand seiner Partei sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat stärken. Sollten seine Zustimmungsraten möglicherweise aufgrund von Wirtschaftsproblemen sinken, dann wäre es denkbar, dass er die jahrzehntelange republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus mit sich reißt.

Wenn nationale Themen bei den Kongresswahlen immer wichtiger werden, so werden 2004 die Präsidentschaftskandidaten und ihr politisches Programm die bedeutendste nationale Kraft sein. Dieser Aspekt ist am schwierigsten vorherzusagen. Zu dem Zeitpunkt, an dem dieser Artikel verfasst wurde, war die Nominie-



William McKinley,
Republikaner
(1897-1901)

rung des Präsidentschaftskandidaten auf der Seite der Demokraten noch völlig offen. Zahlreiche Kandidaten bewerben sich um die Nominierung, und keiner von ihnen zeichnet sich bisher als Spitzenkandidat ab. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir nicht sagen, ob ein liberaler oder gemäßigter Kandidat oder ein Kriegsbefürworter oder Kriegsgegner ganz oben auf der Wahlliste der Demokraten stehen wird. Wenn sich Präsident Bush erwartungsgemäß zur Wahl stellt, können

agiert, ist daher äußerst unsicher. Zurzeit sieht es jedoch aus, als sei die amerikanische Wirtschaft das Hauptanliegen der Wähler. Wieder einmal herrscht jedoch große Unsicherheit, in diesem Fall darüber, ob sich die Wirtschaft stark verbessert (und dies auch so gesehen wird) und damit die Republikaner begünstigt, oder weiterhin schwach bleibt oder eventuell sogar zu einer Rezession tendiert und damit ein Wiedererstarken der Demokraten bewirkt.

beiden Präsidentschaftskandidaten bestimmt werden kann und dadurch, wer der Kandidat der Demokratischen Partei sein wird, für was er eintritt und wie die Öffentlichkeit auf ihn reagiert. All dies macht den Wahlkampf 2004 ungewöhnlich spannend. ■

John H. Aldrich (Promotion in Rochester), ist Pfizer-Pratt Universitätsprofessor für Politikwissenschaften der Duke University in Durham (North Carolina). Seine Fachgebiete sind amerikanische Politik und Verhaltensweisen, formale Theorie und Methodologie. Er ist Verfasser und Koautor mehrerer Bücher, darunter Why Parties? und Before the Convention, Linear Probability, Logit and Probit Models sowie einer Reihe von Büchern über die Wahlen. Das letzte, Change and Continuity in the 2000 and 2002 Elections, wurde vor kurzem veröffentlicht. Seine Artikel erschienen in zahlreichen Zeitschriften.



wir davon ausgehen, dass er erneut nominiert wird.

Wahrscheinlich werden innenpolitische Themen beim Wahlkampf 2004 wieder das zentrale Thema sein. Aber auch der Krieg gegen den Terrorismus wird wahrscheinlich das wichtigste außenpolitische Thema bleiben. Es ist einiger Zeit her – seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – dass internationale Belange größere Bedeutung bei einer Präsidentschaftswahl hatten. Wie die beiden Seiten die Debatte gestalten oder wie die Öffentlichkeit re-

Mit anderen Worten, bei der Wahl 2004 geht es aufgrund des in den letzten zehn Jahren gehaltenen Kräftegleichgewichts bei der Sitzverteilung um die parteipolitische Kontrolle von Repräsentantenhaus und Senat. Damit steht für die amerikanische Demokratie sehr viel auf dem Spiel, da sich die Richtung der Politik ändert, wenn eine Partei, die andere, oder keine die Kontrolle hat. Diese Unsicherheit wird noch dadurch verstärkt, dass das Ergebnis der Kongresswahlen sehr wohl durch die Reaktion der Öffentlichkeit auf die



Theodore Roosevelt,
Republikaner
(1901-1909)



Oben: Mitglieder des Repräsentantenhauses leisten am 7. Januar 1997 zu Beginn der 105. Kongressperiode ihren Dienst.

Unten: Präsident George W. Bush hält am 27. Februar 2001 seine erste Rede in einer gemeinsamen Sitzung des amerikanischen Kongresses.

UMFRAGEN, EXPERTEN UND DIE WAHLEN 2004

VON JOHN ZOGBY

Viele Amerikaner lieben politische Meinungsumfragen. Andere lieben es, sie zu hassen. Jene, die Meinungsumfragen lieben, genießen das Geschäft der Politik – wer liegt in Führung, wer hat eine Chance zu gewinnen, wer vertritt die beliebteste Position zum Thema Gesundheitsfürsorge oder zur Wirtschaft. Diese „politischen Junkies“ verfolgen gespannt die Bewertung der Arbeit von Präsidenten, Gouverneuren und Bürgermeistern. Und vielen Wählern scheint einfach die Vorstellung zu gefallen, mit anderen in ihrer Gemeinde oder ihrem Land verbunden zu sein. In einem Zeitalter, in dem immer mehr Amerikaner einen Großteil des Tages anonym in Großraumbüros oder auf langen Arbeitswegen verbringen, vermitteln die Umfragen den Bürgern ein Gefühl davon, wie sie als Teil einer nationalen Gemeinschaft im Verhältnis zu anderen stehen.

Der Beruf des Meinungsforschers ist umstritten. Oft wird uns vorgeworfen, dass wir nicht nur die Schwankungen der öffentlichen Meinung bezüglich der Themen und Kandidaten messen, sondern Wähler manipulieren, wie Gurus über leicht beeinflussbare Inhaber öffentlicher Ämter herrschen und schließlich sogar Wahlbeteiligung und Wahlausgang be-

einflussen. Aber in den zwei Jahrzehnten, die ich als Meinungsforscher gearbeitet habe, konnte ich feststellen, dass jene, die sich am lautesten über Umfragen beschwerten, diejenigen sind, die die aktuellen Zahlen sofort zur Hand haben.

MEINUNGSUMFRAGEN DAMALS UND HEUTE

Es gab eine Zeit, zu der nur ein oder zwei Meinungsforschungsinstitute präsent waren. Heute, im Zeitalter der blitzartigen Nachrichtenübermittlung, des Internets und der 24-Stunden-Nachrichtenkanäle, wird ein Großteil der Lücken in den Nachrichtensendungen häufig mit Meinungsumfragen aus unterschiedlichsten Quellen gefüllt, seien diese nun in Auftrag gegeben oder auch nicht.

Obwohl die erste politische Umfrage 1824 von einer lokalen Zeitung in Harrisburg (Pennsylvania) durchgeführt wurde, gehörten Umfragen von unabhängigen Meinungsforschungsinstituten bis zu den dreißiger Jahren nicht zum Inventar der Wahlkampfberichterstattung. Die ersten und besten modernen politischen Umfragen wurden von Instituten wie Gallup und Roper durchgeführt, später kamen so bekannte amerikanische Namen wie Sindlinger, Yankelovich und Harris hinzu. In den siebziger Jahren zeigten die drei größten amerikanischen Nachrichtensender zusätzlich ihre eigenen Umfragen für die Präsidentschaftswahlen und kurz darauf auch für wichtige landesweite Gouverneurs- und Kongresswahlen.

Medienumfragen – jene Erhebungen, die von einem Nachrichtensender in Zusammenarbeit mit einer Zeitung durchgeführt werden (beispielsweise CBS/New York Times, ABC/Washington

Post, NBC/Wall St. Journal) – unterscheiden sich auf vielerlei Art von den Umfragen, die privat für die Kandidaten oder die politischen Parteien durchgeführt werden und sind inzwischen ein wichtiger Teil des politischen Prozesses. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass Medienumfragen öffentlich sind und hauptsächlich dazu dienen, die Wähler zu informieren, welche Kandidaten im politischen Rennen vorn liegen. Sie haben den Anspruch, neutral und unabhän-



gig zu sein. Diese Objektivität ist besonders entscheidend, da sie die Kandidaten davon abhält, ihre „privaten“ Umfrageergebnisse zu schönen. Ein Kandidat konnte früher zum Beispiel behaupten, dass er laut privater Erhebung in Führung läge, auch wenn der gesunde Menschenverstand etwas anderes vermuten ließ. Über die Jahrzehnte hat die unabhängige politische Meinungsforschung einen objek-

*Von oben nach unten:
Ein Mann liest die
Chicago Tribune vom
1. Mai 1968, in der die
Entscheidung Präsident
Johnsons verkündet wird,
nicht für eine Wiederwahl
zu kandidieren.*

*Der demokratische
Präsidentschaftskandi-
dat Eugene McCarthy
spricht zu Studenten der
Cleveland's Case Western
University im April 1968.*



*Delegierte des republikanischen Parteitag
unterstützen Präsidentschaftskandidat
Senator Robert Dole (San Diego, 1996).*



William Howard Taft,
Republikaner
(1909-1913)

Rechts:
Medienmitarbeiter
vor ihrer Website bei
der demokratischen
Parteiversammlung
am 17. August 2000
in Los Angeles.

tiven Einblick in den Wahlkampf, eine Bewertung der Stärken und Schwächen der einzelnen Kandidaten und eine Analyse der demografischen Gruppen, die den jeweiligen Kandidaten unterstützen, gewährt. Diese unabhängigen Erhebungen ermöglichen es Reportern und Redakteuren, den Stand des Wahlkampfes verlässlich zu beurteilen und entsprechend darüber zu berichten.

Durch ihre Transparenz ist die unabhängige Meinungsforschung für Zeitungsleser und Fernsehpublikum eine nützliche Informationsquelle. Aber sogar unabhängige Erhebungen können problematisch sein. Im Jahr 1996 forderte der ehemalige republikanische Mehrheitsführer im Senat, Bob Dole, den demokratischen Amtsinhaber Bill Clinton beim Rennen ums Weiße Haus heraus. Die meisten Umfragen ergaben, dass Dole während des gesamten Wahlkampfes fast 25 Punkte zurücklag. Meine eigenen Erhebungen für Reuters zeigten jedoch ein wesentlich dichteres Rennen mit einem Abstand von circa 7–12 Punkten. Bei diesem Wahlkampf bestimmten allerdings die Sondierungen anderer Sender und großer Zeitungen die Berichterstattung in den Medien. Tagein, tagaus wurde Dole also als der Kandidat bezeichnet, der „hoffnungslos mit bis zu 25 Punkten“ hinter dem Präsidenten „zurücklag“. Wenn nur die einseitigsten Umfragen als Basis für die Wahlkampfberichterstattung benutzt werden, kann dies zu einer Informationsschieflage führen, frühzeitig ein Ergebnis suggerieren und es damit herbeireden. Zudem erschwert es dem Kandidaten das Spendensammeln oder das Vertreten seiner Meinung.

Heißt das also, dass Umfragen vor den Wahlen die Wahlbeteiligung und/oder das Ergebnis beeinflussen? Die kurze Antwort ist im Allgemeinen: Nein. Obwohl die Berichterstattung über den Dole-Clinton-Wahlkampf zu ernsthaften Problemen für Senator Dole führte, gibt es keinen schlagenden Beweis, dass Dole den Wahlkampf hätte gewinnen können. Es gibt auch keine eindeutigen Beweise, dass ein Kandidat je im Wahlkampf verloren hat, weil er laut Umfragen bei den Vorwahlen im Hintertreffen war.

Einige Leute sind allerdings der Meinung, dass es heutzutage

zu viele Umfragen gibt, einen regelrechten „Meinungsmüll“. Ich habe bereits auf die 24-Stunden-Nachrichtenkanäle und die Notwendigkeit hingewiesen, große Nachrichtenlöcher zu stopfen. Das ist einer der Gründe für die Verbreitung von politischen Meinungsumfragen. Der Wettbewerb unter den Medienkonzernen ist sicherlich ein anderer Faktor. Im Jahr 2000 gab es während des Wahlkampfes mindestens 14 große unabhängige Meinungserhe-



bungen und deren Ergebnisse waren nicht immer einheitlich. Aber die Wähler sollten sich nicht beklagen – es gibt Auswahl und Wähler müssen beim Lesen der Umfragen kritische Verbraucher sein, so wie sie es sein sollten, wenn sie ein Auto oder ein Haus kaufen. Es gibt einige Grundregeln beim Interpretieren der Meinungsumfragen und hier sind meine Ratschläge, wie man Umfragen am besten liest.

STICHPROBENUMFANG UND ABWEICHUNG

Manchmal werden nach einem wichtigen Ereignis, zum Beispiel der jährlichen Rede des Präsidenten zur Lage der Nation oder einer Debatte zwischen zwei Kandidaten, die sich um ein politisches Amt bewerben, über Nacht Umfragen durchgeführt. Die Daten werden oft in einer Nacht erhoben, damit sie am nächsten Tag rasch veröffentlicht werden können und umfassen eine Stichprobe von nur 500 Personen landesweit. Diese „Übernacht-Umfragen“ mögen zwar eine schnelle Interpretation der öffentlichen Meinung erlauben, aber Experten glauben, dass sie fehlerhaft sind.

Zuerst einmal ist eine Stichprobe von nur 500 Bürgern in einem Land mit 280 Millionen Einwohnern zu klein, um wirklich aussagekräftig zu sein. Diese Stichprobe mag in 95 Prozent der Fälle, vielleicht plus/minus 4,5 Prozent, zutreffend sein, aber das genügt nicht für eine Präsidentschaftswahl oder eine Wahl in einem der großen Bundesstaaten. Außerdem reicht meiner Meinung nach eine Stichprobe von 500 Personen nicht aus, um in einer dieser Wah-

len die statistisch wichtigen Untergruppen zu analysieren.

Es gibt noch weitere methodologische Probleme. Wird eine Stichprobe in nur einer Nacht erstellt, so sind vielleicht nicht alle relevanten Gruppen zu Hause. Während Meinungsforscher ihre Stichproben normalerweise gewichten, um so die Demografie der Bevölkerung genauer wiederzugeben, führt auch eine Gewichtung nicht unbedingt zum Ausgleich, wenn bestimmte Gruppen unterrepräsentiert sind. Eine Umfrage über Nacht könnte zum Beispiel zu einer Unterrepräsentation der Afroamerikaner führen. Oder es würden zu viele Afroamerikaner aus Nebraska oder Kansas befragt, aber nicht genug aus New York, Mississippi oder South Carolina.

Ein anderes Problem der überstürzten Erhebungen ist die Befragung von „Erwachsenen“ anstelle von „möglichen Wählern“. Die Demografie dieser beiden Gruppen kann sehr unterschiedlich sein. In der „Erwachsenen“-Gruppe sind im Allgemeinen mehr Angehörige von Minderheiten, Mitglieder von einkommensschwachen Haushalten und Gewerkschafter vertreten. Da diese

Wählerschichten die Demokratische Partei und ihre Kandidaten bevorzugen, kann ihre Überrepräsentation die Ergebnisse verfälschen.

Achten Sie bei Meinungsumfragen also auf Größe und Zusammensetzung der Stichproben. Eine gute landesweite Erhebung in den Vereinigten Staaten wird mindestens 1.000 mögliche Wähler befragen und eine Fehlerquote von nicht mehr als plus/minus drei Punkten aufweisen.

WENN EIN SIEG KEIN SIEG IST

Genau wie Mona Lisa oder berühmte Romane können auch einwandfrei durchgeführte Umfragen auf verschiedene Art interpretiert werden. Beim Lesen entstehen bei Reportern und Experten vielerlei Erwartungen, die zu diesem schwer fassbaren Wesen, der "landläufigen Meinung" mutieren. Beide Gruppen lieben es allerdings, wenn die Kandidaten der landläufigen Meinung ein Schnippchen schlagen. Folglich gibt es viele Kandidaten, die sich entgegen erster Umfrageergebnisse von der Menge abgehoben haben.

Ein Beispiel ist Senator Eugene McCarthy, der im Wahlkampf gegen Präsident Lyndon Johnson im Jahr 1968 gegen den Vietnamkrieg zu Felde zog. Obwohl sich in den Vereinigten Staaten zu jener Zeit eine Haltung gegen den Krieg herausbildete, glaubte niemand ernsthaft, dass ein wenig bekannter Senator aus Minnesota eine wirkliche Bedrohung für den mächtigen Präsidenten Johnson werden könnte. Aber als die Stimmen nach der ersten Vorwahl (New Hampshire) ausgezählt wurden, kam McCarthy auf 41 Prozent und Johnson auf 49 Prozent der Stimmen. Obgleich der Name des Präsidenten gar nicht auf dem Wahlzettel stand und extra von seinen Anhängern eingetragen werden musste, entschieden die Experten, McCarthys Erfolg ginge so weit über die Erwartungen der Vorwahl-Umfragen hinaus, dass er der Sieger sei. Der „Sieg“ von McCarthy versetzte die politische Welt in Erstaunen, und innerhalb von zwei Wochen entschied sich Präsident Johnson, nicht zur Wiederwahl anzutreten.

Einen ähnlichen von Experten erklärten Sieg gab es 1972

bei den Vorwahlen der Demokraten in New Hampshire. Senator George McGovern aus South Dakota, der im Jahr 1968 kurzzeitig als Kriegsgegner und Führer einer innerparteilichen Reformbewegung bei den Demokraten aufgetreten war, forderte den klaren Favoriten des Präsidentschaftswahlkampfes, Senator Edmund Muskie, heraus. McGovern's private Umfragen ergaben, dass er bei den Vorwahlen in New Hampshire die 40 Prozentmarke überschreiten könnte. Wohlweislich erzählte er den Medien, mit 35 Prozent wäre er voll und ganz zufrieden. Als er 43 Prozent erzielte und Muskie 48, argumentierte die Presse, dass der Herausforderer (wie im Jahre 1968) durch das Überschreiten der Umfrageerwartungen „gewonnen“ hätte. Genau wie im Jahre 1968 brachte der „Sieg“ McGovern das, was Historiker als die größten Vorteile einer gewonnenen Wahl in New Hampshire betrachten: Presse, Geld und Dynamik. McGovern wurde schließlich von der Demokratischen Partei als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen nominiert, verlor aber weit abgeschlagen gegen Richard Nixon.

1976 wurde der frühere Gouverneur von Georgia, Jimmy Carter, von der Presse in Washington zuerst „Jim, wer?“ getauft. Ein Ergebnis von 28 Prozent in

und eine landläufige Meinung in Erwartung des Wahlausgangs.

UMFRAGEN ZUM WAHLAUSGANG

Umfragen zum Wahlausgang sind in den Vereinigten Staaten sowohl bei Bundeswahlen als auch bei Wahlen in den Bundesstaaten seit den siebziger Jahren weit verbreitet. Sie sind heutzutage die umstrittenste Art der Erhebung, da sie versuchen, den Wahlausgang über den jeweiligen Wahlkreis hinaus vorherzusagen, basierend auf Aussagen von Wählern, die gerade ihre Stimme abgegeben haben. Die Umfragen zum Wahlausgang kamen bei den Präsidentschaftswahlen 2000 besonders in Verruf, als sie von Fernsehstationen missbraucht wurden, die nicht eine, sondern zwei falsche Vorhersagen über den Gewinner der Wahlen in Florida machten.

Umfragen zum Wahlausgang sind jedoch ein wichtiges Instrument für Meinungsforscher, Presse und Wissenschaftler, wenn sie richtig angewandt werden. Ihr Nutzen geht weit darüber hinaus, den Sieger schon früh in der Wahlnacht zu ermitteln. Sie versorgen Experten und Politologen außerdem mit Details zum Wahlverhalten einzelner demografischer Gruppen



Woodrow Wilson, Demokrat (1913-1921)



Von links nach rechts: Republikaner in Texas sehen sich die erste Fernsehdebatte zwischen Al Gore und George Bush im Jahr 2000 an.

Eine Frau in Los Angeles füllt nach den Vorwahlen ein Formular für eine Wahltagsbefragung aus.

New Hampshire, wo er gegen fünf bekanntere Demokraten antrat, reichte, ihn erst zum Spitzenkandidaten und schließlich zum Präsidentschaftskandidaten zu machen.

Diese Fälle zeigen also, dass Umfragen vor den Wahlen potenziell genutzt werden können, um die Position des Spitzenkandidaten zu untermauern oder zu untergraben. Die Meinungsforschung schafft regelrechte Normen für die Wahlkampfberichterstattung

pen und geben auch deren Gründe für die Wahlentscheidung an. Ferner helfen sie den Meinungsforschern, Modelle der Wahlbeteiligung für zukünftige Wahlen zu entwickeln. Damit wird untersucht, wie viele Personen einer demografischen Gruppe wahrscheinlich an der Wahl teilnehmen werden. Das ist wichtig um sicherzustellen, dass Stichproben von zukünftigen Wählern, die für politische Zwecke genutzt werden, repräsentativ sind.

Umfragen zum Wahlausgang werden allerdings problematisch, wenn sie genutzt werden, um den Wahlsieger zu ermitteln. Wie gut die Zusammensetzung der Stichprobe auch sein mag, es bleibt eine Stichprobe mit der üblichen Fehlerquote. Gibt es einen überwältigenden Wahlsieg, so fällt das nicht sonderlich ins Gewicht. Ist der Wahlausgang jedoch sehr knapp, dann hat eine Fehlerquote von 1 oder 2 Punkten enormen Einfluss. Bei den Wahlen im Jahr

eben nicht wissen, wer die Wahl gewonnen hat, bevor die eigentlichen Ergebnisse feststehen. Der Wahl ist besser gedient, wenn die Umfragen zum Wahlausgang am Abend der Wahl nur dazu genutzt werden zu beleuchten, wer an der Wahl teilgenommen hat und warum jene Personen so gewählt haben, wie sie es taten.

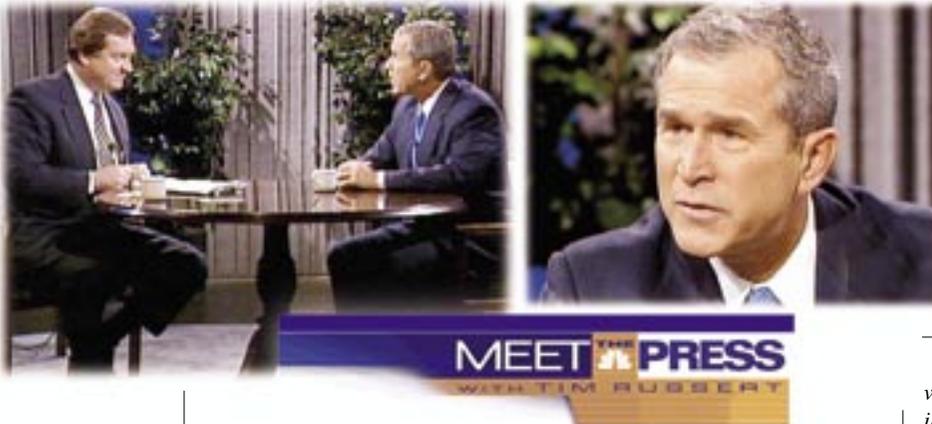
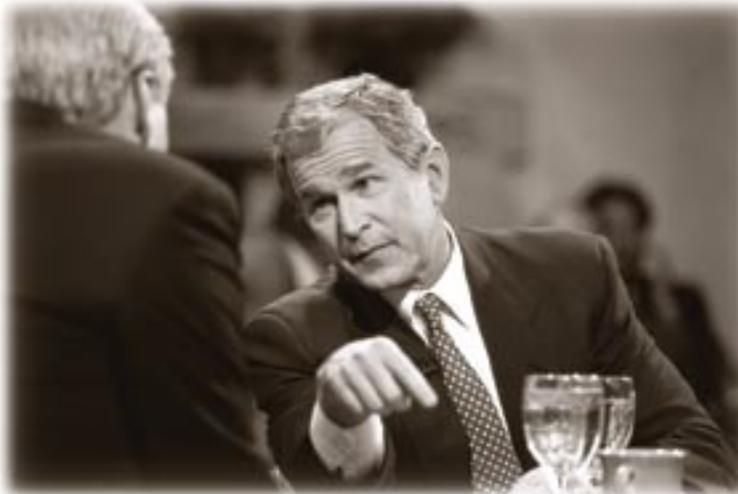
BEFINDET SICH DIE MEINUNGSFORSCHUNGSINDUSTRIE IN EINER KRISE?

Heutzutage wird viel über niedrigere Antwortquoten in der Meinungsforschung geredet. Als ich mit meinem Beruf anfang, betrug die Antwortquote durchschnittlich 65 Prozent – das heißt, zwei von drei Angerufenen waren bereit, an der Umfrage teilzunehmen. Heute beträgt die durchschnittliche Antwortquote circa 30 Prozent, in manchen Großstädten sogar noch weniger. Einige Experten sind der Meinung, dass Umfragen deshalb nichts mehr taugen. Das stimmt nicht. Niedrigere Antwortquoten verlängern die Zeit der Fertigstellung einer Umfrage, aber trotzdem kann man weiterhin gute Stichproben bekommen.

Auch wenn einige Meinungsforschungsinstitute – meine Firma eingeschlossen – in die Kritik geraten sind, weil die Umfragen bei einigen wichtigen Wahlen nicht akkurat waren, sind wir im Allgemeinen noch in der Lage, Ergebnisse innerhalb der üblichen Fehlerquoten zu erzielen. Ich denke, dass vernünftige Erwartungen an die Möglichkeiten von Umfragen und eine gesunde Skepsis der Konsumenten politischer Informationen der beste Ansatz für die Vorbereitung auf ein weiteres wichtiges Wahljahr 2004 sind. ■

Rechts: Kandidat George W. Bush nimmt während des Präsidentschaftswahlkampfes an der Fernsehtalkshow „Hardball with Christ Matthews“ teil.

Unten: George W. Bush in der Fernsehtalkshow „Meet the Press“.



2000 gab es auf Grundlage der Erhebungen bei den Vorwahlen und den Umfragen zum Wahlausgang keine wirkliche Möglichkeit für die Fernsehstationen, vor Ende der Auszählung festzustellen, ob George W. Bush oder Al Gore die Wahlen in Florida gewonnen hatten. Der Druck, als erstes eine Vorhersage zu bekommen, war größer als der Druck eine richtige Vorhersage zu machen.

Ich denke, wir können vom Zusammenbruch der Umfragen im Jahr 2000 lernen, auch wenn diese Ansicht von einem professionellen Meinungsforscher eigenartig klingen mag. Wir müssen

John Zogby ist Generaldirektor von Zogby International, einem von ihm 1984 gegründeten Meinungsforschungsinstitut. Seine Firma hat unter anderem für Reuters und NBC Umfragen durchgeführt. Außerdem ist Zogby Autor des Buches: Decision 2000: Why the Republicans Gained.



Warren G. Harding, Republikaner (1921-1923)

DER STAND DER WAHLKAMPFFINANZIERUNG

VON JOSEPH E. CANTOR

Ein bekannter amerikanischer Politiker sagte einmal: „Geld ist die Muttermilch der Politik.“ Dies überrascht nicht, denn die amerikanische Version einer demokratischen Regierung basiert auf freien und offenen Wahlen sowie einer Tradition des Pluralismus, in dem verschiedene Interessen um Einfluss in der Politik wetteifern. Das trifft vor allem heutzutage zu, da es durch die Größe der Wählerschaft besonders bei Wahlen für hohe Ämter unerlässlich ist, über die Massenmedien mit den Wählern zu kommunizieren. Die Sendezeit ist ein wirksames aber auch kostspieliges Mittel, um ein Massenpublikum zu erreichen.

In den Vereinigten Staaten bekommen die Kandidaten für ein öffentliches Amt ihre Wahlkampffinanzierung normalerweise aus vier verschiedenen Quellen: (1) von einzelnen Bürgern, die direkt spenden; (2) ihrer eigenen politischen Partei; (3) von Interessengruppen, die häufig durch politische Aktionsausschüsse (*political action committees* – PACs) spenden; und (4) aus persönlichen Mitteln und Familienvermögen. Seit den siebziger Jahren steht für einige Wahlen außerdem eine fünfte Quelle zur Verfügung – die öffentlichen Gelder. Ein Großteil der öffentlichen Gelder fließt in die Präsidentschaftswahlen.

Durch verstärkte Nutzung von Radio und Fernsehen und die Professionalisierung der Politik werden Wahlkämpfe immer teurer. Im Jahr 2000 gaben die Kandidaten der Präsidentschaftswahlen 607 Millionen Dollar und die Kandidaten für den Kongress etwas über eine Milliarde Dollar

aus. Kandidaten, die einen Sitz im Senat der Vereinigten Staaten erhielten, gaben in jenem Jahr im Durchschnitt 7,4 Millionen Dollar aus; jene, die einen Sitz im amerikanischen Repräsentantenhaus gewannen, investierten durchschnittlich 849.000 Dollar. Die Ausgaben der einzelnen Kandidaten fallen bei den Gesamtausgaben im Wahlkampf allerdings immer weniger ins Gewicht, da Parteien und Interessengruppen eine immer größere Rolle bei der direkten Kommunikation mit dem Wähler spielen.

Die klassische Form der Unterstützung seitens politischer Parteien und Interessengruppen bestand aus finanziellen Zuwendungen an den Kandidaten, der das Geld für Wählerkontakte ausgab, um die Wähler durch Werbung, Postwurfsendungen und so weiter zu überzeugen und um sicherzustellen, dass die Wähler zur Wahl kommen, um ihre Stimme abzugeben. Im heutigen Wahlkampf unterstützen politische Parteien und Interessengruppen nicht nur ihre bevorzugten Kandidaten, sondern setzen Gelder auch direkter ein, um ihren eigenen Einfluss auf den Wahlausgang zu maximieren. Dadurch wird es schwieriger, die Geldströme während der Wahlen zu kontrollieren. Eine besondere Herausforderung für die Politiker ist die Lenkung der Geldmittel, die nicht direkt von den Kandidaten kontrolliert werden.

Kritiker machen schon seit langem darauf aufmerksam, dass die hohen Ausgaben im amerikanischen Wahlkampf in Kombination mit der Finanzierung durch private Gelder Anlass zur Sorge über eine unzulässige Beeinflussung der Politik durch wohlhabende Spender und Interessengruppen geben. Als Problemlösung werden meist verschärfte staatliche Regelungen für Geldströme in der Politik vorgeschlagen. Durch eine verbesserte Transparenz soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Wahlkampffinanzierung geschärft werden, so dass „spezielle Interessen“ das allgemein wahrgenommene „öffentliche Interesse“ nicht mehr behindern können. Den „Reformern“ gegenüber stehen jene, die die Wahlausgaben als angemessen im Vergleich zu den Kosten von Gütern und Dienstleistungen in der heutigen Volkswirtschaft und der Größe

des Staatshaushaltes sehen. Diese Beobachter betrachten die Wahlkampfausgaben als den Preis, den eine Demokratie für den Wettstreit bei der Wahl zahlen muss mit hohen Geldspenden der Interessengruppen als zeitgenössischem Ausdruck des lang etablierten amerikanischen Pluralismus. Die Judikative meldet beim Thema Regulierung der Wahlkampffinanzierung häufig noch in einem



Mitte: Der demokratische Senator Russ Feingold aus Wisconsin und Senator John McCain aus Arizona (rechts) sprechen zur Presse vor dem U.S. Supreme Court im September 2003, während einer gerichtlichen Anhörung über die Verfassungsmäßigkeit des McCain-Feingold Finanzreformgesetzes für Wahlkampagnen.

weiteren Punkt Bedenken an. Eine Begrenzung der Wahlkampffinanzierung und der Wahlkampfausgaben könnte die von der Verfassung geschützten Rechte des Spenders auf freie Meinungsäußerung in der Politik unzulässig einschränken.

Man sollte vielleicht anmerken, dass das derzeitige amerikanische System der Wahlkampffinanzierung die verschiedenen Philosophien der Reformer, die Sicht der Befürworter des bestehenden Systems und die Rechtssprechung, die die Parameter für die Regulierung durch die Regierung festgelegt hat, miteinander verbindet. Das System spiegelt also sowohl die verabschiedeten – und bestätigten – Gesetze als auch die Entwicklung der amerikanischen Politik wider.

UNTERSCHIEDE IN DEN POLITISCHEN SYSTEMEN VON DEMOKRATIEN

Vergleiche des amerikanischen Systems der Wahlkampffinanzierung mit dem anderer Demokratien können uns helfen, einige einzigartige Aspekte des politischen Systems der Vereinigten Staaten zu verstehen.

Unten: Der demokratische Abgeordnete Marty Meehan aus Massachusetts (links) und der republikanische Abgeordnete Chris Shays aus Connecticut (rechts) nach einer erfolgreichen Abstimmung im Repräsentantenhaus über eine Finanzreform für Wahlkampagnen im März 2002.



Calvin Coolidge, Republikaner (1923-1929)



KANDIDATENBEZOGENE WAHLEN

Zuallererst wäre die Abkehr Amerikas von der in den meisten Demokratien existierenden Ausprägung des parlamentarischen Systems zu nennen, bei dem die politischen Parteien im Mittelpunkt der Wahl und der Regierungsführung stehen. Die Parteien spielen bei den amerikanischen Wahlen noch immer eine wichtige Rolle. Allerdings haben sie lange nicht mehr die Bedeutung, die ihnen früher in der Geschichte zukam, vor den vielen Reformen und anderen Änderungen, die während des zwanzigsten Jahrhunderts erfolgten.

Was immer auch geschieht: Die Vereinigten Staaten haben ein kandidatenbezogenes, kein parteibezogenes Wahlsystem. Die Kandidaten sind unabhängig, ihre Karriere oder Nominierung hängt nicht von Parteifunktionären ab, sondern von den Wählern der Vorwahlen. Während diese Unabhängigkeit positive Effekte wie größere Offenheit und Rechenschaftspflicht mit sich bringt, hat sie andererseits zu einem Anstieg der Wahlkampfkosten geführt, da die Kandidaten einen quasi-unabhängigen Unterstützungsapparat und unabhängige Geldgeber benötigen. Außerdem sind viele Wähler heutzutage stolz darauf, parteiunabhängig zu wählen. Folglich stimmen sie „für die Person, nicht für die Partei“, also muss der Kandidat sich gut als öffentliche Person darstellen können.

ERSTER ZUSATZARTIKEL ZUR AMERIKANISCHEN VERFASSUNG

Ein weiterer einzigartiger Aspekt des amerikanischen Systems ist die große Rolle, die diese wohl definierten Rechte auf Rede- und Vereinigungsfreiheit spielen, die im ersten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung garantiert werden. Es ist Aufgabe der Judikative zu entscheiden, ob erlassene Gesetze im Widerspruch zu diesen Rechten stehen. In seiner Grundsatzentscheidung aus dem Jahr 1976 – Buckley ./. Valeo – urteilte das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten wie folgt: Ausgaben von Wahlkampagnen, politischen Parteien und Interessengruppen, die der Kommunikation mit dem Wähler dienen, unterliegen keiner Begrenzung. Der Umfang von Spenden

einzelner Geldgeber an zur Wahl stehende Kandidaten oder Parteien darf eingeschränkt werden. Das Gericht führte aus, dass eine Begrenzung von Ausgaben, die der Kommunikation mit dem Wähler dienen eine unzulässige Einschränkung der Redefreiheit wären. Gleichzeitig stellte das Gericht fest, dass Begrenzungen einzelner Geldquellen (zum Beispiel Spenden) zwar ebenfalls zu einer Einschränkung der Redefreiheit führen könnten, angemessene Grenzen jedoch angebracht seien, da der Staat das System vor realer oder offensichtlicher Korruption, hervorgerufen durch Quidproquo-Beziehungen zwischen Spendern und Kandidaten, schützen muss. Durch eine Abwägung des Rechts, Geld auszugeben, mit dem Recht auf Redefreiheit und durch die Unterscheidung von Geld, das an den Kandidaten geht und Geld, das vom Kandidaten ausgegeben wird, haben die Rechtsprechung dieses Gerichtes und folgende Entscheidungen von nachgeordneten Gerichten tiefgreifende Auswirkungen auf die Regulierung und den Fluss von Geldströmen in der amerikanischen Politik gehabt.

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG DER POLITIK

Die wesentlich großzügigere Nutzung von öffentlichen Geldern zur Finanzierung von Wahlen in anderen Demokratien ist ein weiterer Unterschied zum politischen System der Vereinigten Staaten. Subventionen der Regierung für einzelne Parteien sind international weit verbreitet. Kostenlose Sendezeit wird besonders dann zur Verfügung gestellt, wenn große Fernsehsender im Besitz der Regierung sind, was in den Vereinigten Staaten nicht der Fall ist. Durch direkte Subventionen in Kombination mit kostenloser Sendezeit wird der Druck auf Politiker verringert, Wahlkampfgelder zu sammeln.

Einige Amerikaner sind seit langem Befürworter ähnlicher staatlicher Subventionen für den Wahlkampf. Gleichzeitig treten sie für kostenlose oder kostengünstigere Sendezeit ein, die von den Privatsendern zur Verfügung gestellt werden soll. Sie waren bei der gesetzlichen Umsetzung ihrer Ideen teilweise erfolgreich. Diese Richtlinien stoßen jedoch

auf Widerstand. Zum einen aus philosophischen Gründen (das heißt, Steuerzahler müssten Kandidaten unterstützen, die sie vielleicht ablehnen) und zum anderen aus praktischen Gründen (wie soll man zum Beispiel ein vollkommen faires System der Wahlkampfsubventionierung aufbauen).

Diejenigen, die für eine öffentliche Unterstützung von Kandidaten eintreten, waren in den siebziger Jahren bei der gesetzlichen Einrichtung eines solchen Systems für Präsidentschaftswahlen sowie für einige Wahlen auf bundesstaatlicher und auf kommunaler Ebene erfolgreich, konnten sich mit ihrer Idee aber nicht bei den amerikanischen Kongresswahlen durchsetzen. Seit 1976 haben die Präsidentschaftskandidaten der großen Parteien automatisch Anrecht auf eine Subvention für die allgemeine Wahl (etwa je 67 Millionen Dollar für den Republikaner George W. Bush und den Demokraten Al Gore im Jahr 2000). Die Parteien erhalten für ihre Nominierungsparteitage Subventionen, und bei den Vorwahlen gibt es staatliche Gelder, mit denen kleine Einzelspenden an die Kandidaten verdoppelt werden.

Als Gegenleistung für die Unterstützung müssen sich die Kandidaten verpflichten, ihre Wahlkampfausgaben zu begrenzen. Diese Regelung wurde vom Obersten Bundesgericht zugelassen, da sie freiwilliger Natur ist. Die Wirksamkeit dieser Grenzen wurde jedoch von der Fähigkeit interessierter Personen und Gruppen untergraben, trotzdem Geld für die Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht auf legalem Weg, allerdings in einer Weise, die über den Rahmen des amerikanischen Bundesgesetzes hinausgeht („weiches Geld“, das im Folgenden erklärt wird).

DIE WESENTLICHEN GRUNDSÄTZE DER BUNDESGESETZE

Seit den siebziger Jahren regeln drei wesentliche Grundsätze die Bundesgesetze zur Wahlkampffinanzierung in den Vereinigten Staaten. Sie gelten für alle Präsidentschafts- und Kongresswahlen. (Jeder der 50 Bundesstaaten hat seine eigenen Regeln für Wahlen auf bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene.) Diese Grundsätze sind die folgenden:



Herbert Hoover,
Republikaner
(1929-1933)



Franklin D. Roosevelt,
Demokrat
(1933-1945)

ÖFFENTLICHE BEKANNTGABE FINANZIELLER AKTIVITÄTEN

Öffentliche Transparenz der Wahlgelder vereinfacht eine Kontrolle seitens der Opposition und der Medien und gilt daher als bestes Mittel zur Abschreckung von Korruption, die durch Wahlkampfspenden und -ausgaben entstehen könnte. Über diesen Aspekt der staatlichen Regelungen herrscht weitgehend Einigkeit, zumindest im Grundsatz. Auf Bundesebene müssen daher in regelmäßigen Abständen Berichte angefertigt werden, in denen sowohl die Gesamtsummen als auch detaillierte Auflistungen aller Summen über 200 Dollar eingetragen sind.

VERBOTE BESTIMMTER GELDQUELLEN

Für Unternehmen, Bundesbanken und Gewerkschaften war es lange verboten, Gelder aus ihren Kassen – Unternehmensgewinne und Mitgliedsbeiträge – zu verwenden, um Bundeswahlen zu beeinflussen. Allerdings sind diese Geldquellen bei vielen Wahlen auf bundesstaatlicher Ebene zugelassen. Diese Vereinigungen können jedoch politische Aktionsausschüsse einsetzen, um freiwillige Spenden von Geschäftsführern, Aktionären und Gewerkschaftsmitgliedern zu sammeln. Solche Fonds können bei Bundeswahlen eingesetzt werden und dadurch den Einfluss der spendenden Unternehmen oder Gewerkschaften geltend machen. Ferner sind bei allen amerikanischen Wahlen Spenden von Ausländern verboten.

BEGRENZUNG BESTIMMTER GELDQUELLEN

Die Bundesgesetze begrenzen die Summen, mit denen Kandidaten, Parteien und Gruppen, die an Bundeswahlen teilnehmen, unterstützt werden dürfen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob diese Gelder von Einzelpersonen, politischen Aktionsausschüssen oder Parteien kommen. Eine Einzelperson darf einen Kandidaten mit 2.000 Dollar pro Wahl unterstützen und in einem Zweijahreszeitraum insgesamt 95.000 Dollar an die Gesamtheit der Kandidaten, Parteien und politischen Ausschüsse spenden. Ein politischer Ausschuss darf einen Kandidaten pro Wahl mit höchstens 5.000

Dollar unterstützen, für die Gesamtsumme der Spenden gibt es allerdings keine Obergrenze.

DER ANSTOSS FÜR EINE REFORM DER WAHLKAMPFFINANZIERUNG

Die Probleme, die aus der Verbindung von Geld und Politik hervorgehen, haben das Thema Wahlkampffinanzierung zu einem Dauerbrenner in den Vereinigten Staaten gemacht. In den achtziger und neunziger Jahren haben Befürworter der Reformen erfolglos versucht, das Regelwerk aus den siebziger Jahren zu verschärfen, um so die Rolle und Bedeutung des Geldes im politischen System einzudämmen.

Das Gesetz, das schließlich 2002 verabschiedet wurde, hatte jedoch wenig Ähnlichkeit mit seinen Vorgängern. Während jene Maßnahmen darauf abzielten, das bestehende Bundesregulierungssystem zu verbessern, ist das Ziel des Überparteilichen Gesetzes zur Reform der Wahlkampffinanzierung (*Bipartisan Campaign Reform Act – BCRA*) aus dem Jahr 2002 (auch bekannt als McCain-Feingold, da diese beiden Senatoren die treibenden Kräfte bei der Umsetzung des Gesetzes waren) der Erhalt des Systems. Dazu sollen Aktivitäten, die von den Befürwortern als Umgehung des Bundesgesetzes zur Wahlkampffinanzierung gesehen wurden, der Regulierung durch die Bundesaufsicht unterworfen werden.

In den achtziger Jahren begannen die Bundesparteien, wesentlich mehr Geld zu sammeln, als eigentlich laut Bundesgesetz erlaubt war, obwohl dies scheinbar nicht bei den Bundeswahlen eingesetzt wurde. Die Rückkehr des „Geldsacks“ – des mächtigen, wohlhabenden Spenders, die eigentlich durch die Reformen der siebziger Jahre gestoppt werden sollte – führte zu einem rasanten Anstieg des „weichen Geldes“ bei den amerikanischen Wahlen. Dieser Begriff beschreibt Gelder, die außerhalb des Rahmens des Bundesgesetzes zur Wahlkampffinanzierung gesammelt und ausgegeben werden, die aber zumindest indirekten Einfluss auf die Bundeswahlen haben, im Ge-



Von oben nach unten: Der demokratische Gouverneurskandidat John Baldacci spricht im Juni 2002 zu Anhängern in Augusta, Maine. Der Wahlkampf des Jahres 2002 war der erste, bei dem Kandidaten öffentliche Mittel für ihre Kampagne erhielten. Präsident Bush winkt seinen Anhängern bei einer Fundraising-Veranstaltung in Los Angeles im Juni 2003. Der republikanische Gouverneur des Bundesstaats New York, George Pataki, schüttelt die Hand eines Anhängers bei einer Fundraising-Veranstaltung.

gensatz zu „hartem Geld“, das in Übereinstimmung mit den Bundesausgesetzen gesammelt und ausgegeben wird.

Meist wurden diese weichen Geldspenden – in Beträgen und aus Geldquellen, die bei den Bundeswahlen nicht eingesetzt werden dürfen – an Parteiorganisationen in den Bundesstaaten weitergeleitet, wo sie für die Arbeit an der Basis und die Mobilisierung der Wähler eingesetzt wurden. Durch die Förderung dieser Aktivitäten unterstützten sie unweigerlich sowohl die Bundeskandidaten als auch die Wahlen auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene, auf die sie ausgerichtet waren. Darüber hinaus ließen die gemeinsamen Spendenaufrufe von Funktionären und Kandidaten der Partei auf Bundes- und Bundesstaatenebene den Schluss zu, dass die Spenden in erster Linie der Unterstützung der Bundeskandidaten dienen sollten.

Erst während der Bundeswahlen 1996 setzte sich schließlich die Meinung durch, dass das Regulierungssystem dem Zusammenbruch nahe sei. Es wurden in jenem Jahr nicht nur 900 Millionen Dollar weiches Geld von den politischen Parteien gesammelt,



Harry S. Truman, Demokrat (1945-1953)



Dwight D. Eisenhower, Republikaner (1953-1961)



John F. Kennedy,
Demokrat
(1961-1963)



Lyndon B. Johnson,
Demokrat
(1963-1969)



Richard M. Nixon,
Republikaner
(1969-1974)



Gerald Ford,
Republikaner
(1974-1977)



Jimmy Carter,
Demokrat
(1977-1981)



Republikanische Mitglieder des kalifornischen Landtags (state assembly) verkünden die Bildung eines neuen Political Action Committees im Mai 1999, mit dem die Beteiligung von Latinos in den politischen Prozessen auf nationaler- und bundesstaatlicher Ebene gefördert werden soll.

sondern Interessengruppen und politische Parteien entdeckten einen neuen Weg, um die Bundeswahlen unter Umgehung der Beschränkungen durch Bundesgesetze zu beeinflussen: Lobbyismus zu wahlbezogenen Themen. Bei dieser Form der Unterstützung durch weiches Geld werden die Kandidaten durch öffentliche Mitteilungen mit Meinungen zu bestimmten Themen in Verbindung gebracht, ohne dass explizit die Ablehnung oder Wahl eines ausdrücklich erwähnten Kandidaten gefordert wird.

Da die meisten Gerichte unterer Instanzen bei der Auslegung des Urteils im Fall Buckley ./. Valeo eine explizite Formulierung forderten, um die Mitteilung staatlichen Regulierungen zu unterwerfen, konnten Gruppen öffentliche Informationen verbreiten, die positive oder negative Meinungen von Amtsinhabern – die zudem Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen waren – bestärkten, ohne den Beschränkungen durch die Bundeswahlgesetze zu unterliegen. Bei den Wahlen des Jahres 1996 und den folgenden Wahlen wurden schätzungsweise zweistellige Dollar-Millionenbeträge auf diese Art ausgegeben, wobei es unmöglich ist, die genauen Beträge festzustellen, da nur eine geringe oder gar keine Offenlegung erforderlich war.

DIE AUSWIRKUNG VON MCCAIN-FEINGOLD

Nach 1996 verlagerten die Reformer ihre Konzentration von der Begrenzung der politischen Aktionsausschüsse, der Wahlkampfausgaben und der öffentlichen Finanzierung auf das Schließen von Schlupflöchern, die ihrer Mei-

nung nach die staatliche Regulierung der Gelder in der Politik immer bedeutungsloser werden ließen. Das McCain-Feingold-Gesetz aus dem Jahr 2002 verbietet Bundesparteien, Bundeskandidaten oder gewählten Vertretern im Allgemeinen, weiches Geld zu sammeln oder auszugeben. Außerdem verbietet es den Parteien auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene weiches Geld für „Aktivitäten im Bundeswahlkampf“ auszugeben. In Bezug auf Lobbyismus für bestimmte

Themen fordert das neue Gesetz eine Offenlegung jeglicher politischer Werbung, die sich auf ausdrücklich genannte Kandidaten für Bundesämter bezieht und bis zu 30 Tage vor einer Vorwahl oder 60 Tage vor einer allgemeinen Wahl gesendet wird. Ferner verbietet es Spenden aus Unternehmens- oder Gewerkschaftsmitteln.

Während der Jahre, in denen über die Verabschiedung des Gesetzes McCain-Feingold debattiert wurde, hing die Frage der Verfassungsmäßigkeit über den Diskussionen. Das war vielleicht unvermeidlich nach den Erfahrungen mit dem Buckley ./. Valeo-Urteil von 1976, das ein System mit weitreichenden Folgen für Geldströme bei Bundeswahlen hinterließ, das sich der Kongress so nicht vorgestellt hatte. Je näher das Gesetz der Verabschiedung kam, desto stärker rückte die Frage der Verfassungsmäßigkeit in den Vordergrund der Debatte. Da der Wahlkampf 2004 bereits begonnen hat und die Politiker sich an das neue Gesetz anpassen möchten, wartet die politische Gemeinschaft gespannt auf eine schnelle gerichtliche Überprüfung, die von McCain-Feingold in Auftrag gegeben wurde.

Am 2. Mai 2003 gab es das erste Urteil, als das amerikanische Bezirksgericht für den District of Columbia im Fall McConnell ./. Bundeswahlkommission das generelle Verbot zum Sammeln weichen Geldes durch Bundesparteien verbunden mit der anschließenden Nutzung durch Parteiorganisationen auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene verwarf, das Verbot öffentlicher Mitteilungen, die die Bundeswahlen

direkter betreffen könnten sowie das Sammeln weichen Geldes von Kandidaten und gewählten Vertretern auf Bundesebene aber bestehen ließ. Außerdem verwarf das Gericht die zeitnah zu Wahlen bestehende Einschränkung von Werbespots für Bundeskandidaten, überraschte Beobachter aber mit der Genehmigung einer subjektiveren Regelung, die die Werbespots unabhängig vom Ausstrahlungszeitpunkt danach beurteilt, ob sie einen Bundeskandidaten unterstützen oder ablehnen. Das Urteil wurde später ausgesetzt, um die Verwirrung unter den Wahlkämpfern des Jahres 2004 so gering wie möglich zu halten. Die endgültige Entscheidung obliegt dem Obersten Bundesgericht, vor dem im September die mündlichen Anhörungen stattfinden werden.

Wird das Oberste Bundesgericht dem seit der Buckley ./. Valeo-Entscheidung allgemein vorherrschendem Muster folgen und die Ausweitung der Regelungen des neuen Gesetzes auf die Redefreiheit zurückweisen? Oder wird es aufgrund von umfangreichem Beweismaterial und Jahren der Erfahrung mit früheren Gesetzen zu dem Schluss kommen, dass die Gefahren von Korruption und übermäßigem Einfluss durch wohlhabende Personen und Gruppen vielleicht doch stärkere Regulierung erfordern als andernfalls wünschenswert wäre? Sicher ist, das zu erwartende Urteil des Obersten Bundesgerichtes wird tiefgreifende Auswirkungen auf zukünftige Anstrengungen zur Regulierung von Geldströmen in der Politik haben.

Joseph E. Cantor, Experte für Fragen zur amerikanischen Bundesregierung beim Forschungsdienst des Kongresses, einer Abteilung der Kongressbibliothek, begann seine Karriere dort 1973, nachdem er seinen BA von der Johns Hopkins University erhalten hatte. Seit 1979 ist sein Spezialgebiet Wahlkampffinanzierung. Auf diesem Gebiet berät er den Kongress, analysiert relevante Punkte und schlägt entsprechende Gesetzesänderungen vor. ■

Caucus – parteiinterne Wahlversammlung: Eine Zusammenkunft, besonders von Menschen, deren Ziel ein politischer oder organisatorischer Wandel ist. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf versteht man darunter eine Zusammenkunft der örtlichen Parteimitglieder während des Nominierungsverfahrens für den Präsidentschaftskandidaten. In einem „Stufensystem“ von Parteiversammlungen wählen die auf Wahlkreisebene arbeitenden örtlichen Parteimitglieder Abgeordnete für Treffen auf Landkreisebene aus, die wiederum Delegierte für Zusammenkünfte auf Bundesstaatebene auswählen. Bei diesen Parteitagen der Bundesstaaten werden die Abgeordneten für den nationalen Parteitag zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten ausgewählt. Der Zweck dieses Systems von Parteiversammlungen besteht darin, durch die Wahl der Delegierten anzudeuten, welchen Kandidaten die Parteimitglieder der einzelnen Bundesstaaten bevorzugen. Damit soll die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten demokratisiert werden, da die bevorzugten Kandidaten im Wesentlichen bereits zu Beginn des gesamten Verfahrens auf Wahlkreisebene bestimmt werden.

Coattails – Sogwirkung: Eine Anspielung auf die Rockschoße eines Gehrocks. In der amerikanischen Politik versteht man darunter die Fähigkeit eines beliebigen Amtsinhabers oder Kandidaten für ein Amt, aufgrund seiner eigenen Popularität die Chancen für einen Wahlsieg anderer Kandidaten derselben Partei zu erhöhen. Man sagt, dieser Kandidat trägt andere „auf seinen Rockschoßen“ zum Sieg.

Conservative – konservativ: In der amerikanischen Politik bezeichnet der Begriff jede politische Meinung von gemäßigt rechts von der Mitte bis zu entschieden rechts von der Mitte. Von den beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten wird die Republikanische generell als die konservative angesehen. Politisch konservativ

eingestellte Bürger der Vereinigten Staaten unterstützen für gewöhnlich das Prinzip der freien Marktwirtschaft und niedrige Steuern. Zugleich misstrauen sie dem Einfluss der Bundesregierung im Gegensatz zu dem der Bundesstaaten und Kommunen.

Convention bounce – Popularitätsanstieg durch den Parteitag: Ein Anstieg der Popularität eines Präsidentschaftskandidaten – wie in öffentlichen Meinungsumfragen ersichtlich – in den Tagen unmittelbar nach seiner Nominierung für das Präsidentenamt durch den Bundesparteitag der Republikaner oder der Demokraten.

Debate – Debatte: Eine Diskussion unter Beteiligung von zwei oder mehr Seiten, die gegenteilige Meinungen zu einem bestimmten Thema vertreten. In den vergangenen Jahren wurden die Debatten in den Vereinigten Staaten häufig im Fernsehen übertragen. Dabei legen alle Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten ihre eigene und die Sichtweise ihrer Partei dar, indem sie Fragen der Medien und des Publikums beantworten. Die Debatten können auch im Radio oder in einem Gemeindezentrum geführt werden. Sie erstrecken sich auf die zur Wahl stehenden Ämter aller Regierungsebenen.

Divided government – geteilte Regierung: Der Begriff bezeichnet für gewöhnlich eine Situation, in der der Präsident Mitglied einer politischen Partei ist und mindestens eine Kammer des Kongresses (entweder der Senat oder das Repräsentantenhaus) von der Oppositionspartei kontrolliert wird. Diese Situation kann es auch auf Bundesstaatebene geben, wobei eine Partei das Amt des Gouverneurs kontrolliert und eine andere die Legislative des Bundesstaats. Im politischen System der Vereinigten Staaten gibt es häufig eine geteilte Regierung. Historisch hat dies die Auswirkung, dass es nicht zu radikalen Veränderungen kommt und die Politiker beider Parteien zu Kompromissen bei Gesetzesvorlagen motiviert werden.

Electoral College – Wahlmännerkollegium: Wenn amerikanische Wähler ihre Stimme bei der Präsidentschaftswahl abgeben, denken viele, dass sie an einer Direktwahl des Präsidenten teilnehmen. Genau genommen stimmt das nicht, da es das Wahlmännerkollegium gibt, ein verfassungs-

rechtliches Relikt aus dem 18. Jahrhundert. Wahlmännerkollegium ist der Name für eine Gruppe von „Wahlmännern“, die von den Parteimitgliedern in den einzelnen Bundesstaaten aufgestellt werden. Am Wahltag werden diese Wahlmänner, die jeweils für einen der Kandidaten stehen, von der Bevölkerung gewählt. Im Dezember nach der Präsidentschaftswahl kommen die Wahlmänner in den jeweiligen Hauptstädten der Bundesstaaten zusammen und geben ihre Stimmen für den Präsidenten und den Vizepräsidenten ab. Der Präsident braucht mindestens 270 Wahlmännerstimmen, um gewählt zu werden.

Federal Election Commission (FEC) – Bundeswahlkommission: Eine unabhängige Kontrollbehörde, die mit der Auslegung und Umsetzung des Gesetzes über die Finanzierung von Bundeswahlkämpfen beauftragt ist. Die FEC wurde 1974 durch einen Zusatzartikel zum Bundeswahlkampfgesetz von 1971 gegründet.

Front-loading – Frontlader: Darunter versteht man die Praxis, Landesparteitage und Vorwahlen in den Bundesstaaten immer früher vor der allgemeinen Wahl zu veranstalten. Indem sie die Vorwahlen auf einen frühen Zeitpunkt legen, hoffen die Bundesstaaten, einem oder zwei Präsidentschaftskandidaten zu dem entscheidenden Auftrieb zu verhelfen und damit beträchtlichen Einfluss auf die Nominierung jeder Partei auszuüben.

Front-runner – Spitzenreiter: Ein Kandidat bei einer Wahl oder einem Nominierungsverfahren, der als der populärste oder als wahrscheinlicher Gewinner angesehen wird.

Gender gap – geschlechtsspezifische Wahl: Bei den letzten Wahlen haben die amerikanischen Frauen oft anders als die Männer gewählt und häufig die Kandidaten der Demokraten oder der liberalen Seite des politischen Spektrums denen der Republikaner vorgezogen. Die Presse bezeichnet dieses Phänomen als „geschlechtsspezifische Wahl“.

Hard money/soft money – hartes Geld/weiches Geld: Diese Begriffe werden zur Unterscheidung zwischen Wahlkampfgeldern benutzt, die entweder unter das Gesetz über die Finanzierung von Bundeswahlkämpfen fallen oder

nicht. Hartes Geld unterliegt gesetzlichen Vorschriften und kann benutzt werden, um den Ausgang von Bundeswahlen zu beeinflussen – das heißt, um die Wahl bestimmter Kandidaten zu fördern. Weiches Geld unterliegt nicht dem Gesetz und kann nur für Aktivitäten ausgegeben werden, die die Wahl der Kandidaten für ein Bundesamt nicht beeinflussen – das heißt, für Dinge wie Kampagnen zur Wählerregistrierung, Aktivitäten zum Aufbau der Partei, Verwaltungskosten und Unterstützung der Kandidaten auf Bundesstaatebene und in den Kommunen.

Horse race – Pferderennen: Als Umschreibung für einen Wahlkampf benutzt, vermittelt der Begriff „Pferderennen“ ein Gefühl der Spannung, das man bei einem Sportereignis erlebt. Der Begriff bezieht sich auch auf die Medienberichterstattung über die Wahlkampagnen, die häufig die Position der Kandidaten in öffentlichen Meinungsumfragen hervorheben – als wären sie Pferde bei einem Rennen – anstelle der Meinung der Kandidaten zu den einzelnen Themen.

Liberal – liberal: Im politischen Spektrum der Vereinigten Staaten stehen die „Liberalen“ leicht links von der Mitte oder etwas links von der Mitte. Von den beiden großen politischen Parteien werden die Demokraten der derzeitigen Definition des Begriffs nach als liberaler angesehen. „Politisch“ Liberale befürworten größeren Einfluss der Bundesregierung zur Behebung vermeintlicher sozialer Ungerechtigkeiten; „kulturell“ Liberale unterstützen den Feminismus, die Rechte von Minderheiten und

eine Betonung der persönlichen Freiheit.

Midterm election – Zwischenwahl: Eine Wahl, bei der es um Sitze im amerikanischen Senat und im Repräsentantenhaus geht. Sie findet während der Amtszeit des Präsidenten statt – das heißt, nach der Hälfte der vierjährigen Amtszeit. Die Ergebnisse werden manchmal als öffentliches Referendum für die Leistung des Präsidenten in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit interpretiert. Bei den Zwischenwahlen werden einige Mitglieder des amerikanischen Senats und alle Abgeordneten des Repräsentantenhauses sowie zahlreiche Regierungsvertreter der Bundesstaaten und Kommunen gewählt.

Negative ads – negative Werbespots: Werbesendungen, mit denen die Wähler von der Wahl eines Kandidaten überzeugt werden sollen, indem man den Gegner schlecht aussehen lässt – entweder durch Angriffe auf seinen Charakter oder auf seine Aussagen zum Wahlprogramm.

Platform – Wahlprogramm: Im Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen bezieht sich dieser Begriff auf die offiziellen schriftlichen Äußerungen einer politischen Partei zu ihren Grundsätzen und Zielen, die während des Nominierungsverfahrens für den Präsidentschaftskandidaten zusammengestellt und verteilt werden. In den vergangenen Jahren haben diese Programme an Bedeutung verloren, da sich das Fernsehen mehr auf die Persönlichkeit und die mögliche Führungsstärke der Kandidaten konzentriert.

Plurality rule – relative Mehrheit: Eine Methode, um den Gewinner in einer Wahl auszuma-

chen. Eine Mehrheit der Stimmen ist die Gesamtzahl der von einem Kandidaten errungenen Stimmen, die größer ist als die der Stimmen eines Gegners aber häufig weniger als 50 Prozent der Stimmen. Das heißt, wenn ein Kandidat 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt, ein zweiter ebenfalls 30 Prozent erhält und ein dritter 40 Prozent, hat der dritte Kandidat die Mehrheit der Stimmen und gewinnt die Wahl.

Primary election – Vorwahl: Eine Wahlveranstaltung, bei der der Kandidat einer politischen Partei für ein spezifisches öffentliches Amt bestimmt wird. Vorwahlen können auf allen Regierungsebenen abgehalten werden. Dazu zählen kommunale Bürgermeisterwahlen, Kreiswahlen für das Repräsentantenhaus, Gouverneurs- oder Senatswahlen auf Bundesstaatenebene und die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Bei „geschlossenen“ Vorwahlen können nur registrierte Mitglieder einer Partei wählen. Bei „offenen“ Vorwahlen können Wähler einer Partei („Überwechsler“) bei der Vorwahl einer anderen Partei wählen.

Vorwahlen für Präsidentschaftskandidaten werden auf Bundesstaatenebene abgehalten um festzustellen, welchen Kandidaten die Einwohner dieses Bundesstaats für die Partei bevorzugen. Abhängig vom Gesetz des Bundesstaats können die Wähler ihre Stimme direkt für ihren bevorzugten Präsidentschaftskandidaten oder für Delegierte abgeben, die sich zur Unterstützung dieses Präsidentschaftskandidaten beim Parteitag „verpflichtet“ haben. Wenn sie früh genug in der politischen Saison durchgeführt werden, können Vorwahlen auf Bundesstaatenebene gelegentlich führende Präsidentschaftskandidaten aufhalten und eine Welle der Unterstützung für einen weniger bekannten Kandidaten hervorrufen. Anmerkung: Die Vorwahl ist eine Alternative zur parteiinternen Wahlversammlung, dem *caucus*.

Protest vote – Protestwähler: Stimmen für Kandidaten einer dritten Partei oder Außenseiter einer großen Partei, für deren Wahl es nur eine geringe Chance gibt. So wird Unzufriedenheit mit den Kandidaten der beiden großen politischen Parteien zum Ausdruck gebracht.

Redistricting – Wahlbezirkumgestaltung: Neue Festlegung der geografischen Grenzen der Kongresswahlbezirke, den Wahlbezirken der Bundesstaaten, aus denen die Mitglieder des Repräsentantenhauses gewählt werden. Sowohl Demokraten als auch Republikaner konkurrieren auf Bundesstaatenebene um die rechtlichen und politischen Mechanismen der Wahlbezirkumgestaltung – meist, indem sie die gesetzgebende Körperschaft der Staaten kontrollieren. So können sie die Grenzen von Kongresswahlbezirken auf eine Art und Weise neu ziehen, die ihnen Vorteile für die Wahl ihrer eigenen Partei bringt.

Regionalization – Regionalisierung: Die 50 Vereinigten Staaten sind inoffiziell in etwa sechs Regionen unterteilt, deren Bundesstaaten gewisse geografische und kulturelle Eigenschaften teilen, durch die sie sich von den anderen Regionen unterscheiden. Während der Vorwahlsaison der Präsidentschaftswahlen bezieht sich „Regionalisierung“ auf die Praxis der Bundesstaaten, sich mit anderen Staaten ihrer Region zusammenzutun, um den Einfluss dieser Region auf die Wahlen zu maximieren. Oft geschieht dies, indem die Vorwahlen in dieser Region am gleichen Tag abgehalten werden.

Single-member-district – Bezirk mit einem Abgeordneten: Das aktuelle amerikanische Wahlsystem für Abgeordnete auf nationaler und Bundesstaatenebene, nach dem in jedem Bezirk ein Kandidat gewählt wird. Gewinner ist der Kandidat mit den meisten Stimmen. Nach dem *single-member*-System kann pro Bezirk nur eine Partei gewinnen. Das steht im direktem Gegensatz zum Verhältniswahlsystem, bei dem die Bezirke wesentlich größer sind und mehrere Abgeordnete gleichzeitig gewählt werden – basierend auf dem Stimmenanteil ihrer Parteien.

Sound bite – Schlagwort: Eine kurze, gut zitierbare Aussage eines Kandidaten für ein Amt, die in den Radio- und Fernsehnachrichtenprogrammen wiederholt wird.

Spin doctor/spin – Medienberater: Ein Medien- oder politischer Berater, der von einem Wahlkampfteam eingestellt wird um sicherzugehen, dass der Kandidat in jeder Situation die best-

mögliche Publicity erhält. Beispielsweise gehen die *spin doctors* nach jeder Debatte zwischen Präsidentschaftskandidaten auf die Journalisten zu, um die Stärken ihres Kandidaten in der Debatte herauszustellen und die Presse – und damit die Öffentlichkeit – davon zu überzeugen, dass ihr Kandidat die Debatte „gewonnen“ hat. Wenn diese Medienberater ihre Kunst ausüben, sagt man, sie „drehen an“ (*spin*) einer Situation oder einem Ereignis.

Third Party – dritte Partei: Jede politische Partei, die nicht zu den Parteien gehört, die die amerikanische Politik im 20. Jahrhundert beherrscht haben: die Republikanische und die Demokratische Partei.

Ticket-splitting – Stimmen splitten: Das Vergeben der Stimmen an Kandidaten verschiedener politischer Parteien bei der gleichen Wahl – beispielsweise an einen demokratischen Präsidenten und einen republikanischen Senator. Weil man dabei nicht alle Kandidaten einer Partei wählt, spricht man vom „Splitten“ der Stimmen.

Town meeting – Gemeindeversammlung: Ein informelles Treffen eines Amtsinhabers oder eines Kandidaten für ein Amt mit einer Gruppe, oft aus der Umgebung, bei der das Publikum dem Amtsinhaber oder Kandidaten direkt Fragen stellt.

Tracking survey – Wiederholungsbefragungen: Eine Art Meinungsumfrage, bei der die Wählermeinung im Verlauf des Wahlkampfes „verfolgt“ werden kann. Bei der ursprünglichen Umfrage wird die gleiche Anzahl von Wählern an drei aufeinander folgenden Abenden befragt - beispielsweise 400 Wähler pro Abend, also insgesamt 1.200 Erhebungen. Am vierten Abend befragt der Meinungsforscher 400 weitere Wähler, fügt ihre Antworten zu den gewonnenen Daten hinzu und lässt dafür die Antworten des ersten Abends unberücksichtigt. Wird auf diese Weise fortgefahren, ergibt sich eine rollierende Stichprobe von konstant 1.200 Antworten der vorigen drei Abende. Im Lauf der Zeit können die Wahlkampfveranstalter die Daten der gesamten Umfrage auswerten und die Auswirkungen bestimmter Ereignisse auf das Verhalten der Wähler bestimmen.

BIBLIOGRAFIE UND WEBSITES

BÜCHER

Abramson, Paul R., John Aldrich, and David Rohde. *Change and Continuity in the 2000 and 2002 Elections*. CQ Press, 2003, 400 pp.

Bibby, John F. *Two Parties – Or More? The American Party System*. 2nd edition. CQ Press, 2002, 168 pp.

Brinkley, Alan, ed. and Davis Dyer, ed. *The Reader's Companion to the American Presidency*. Houghton Mifflin, 2000, 368 pp.

Coleman, Kevin J., Joseph E. Cantor and Thomas H. Neale. *Presidential Elections in the United States: A Primer*. Congressional Research Service, Library of Congress, 2000, 53 pp. <http://fpc.state.gov/documents/organization/22616.pdf>

Flanigan, William H. and Nancy Zingale. *Political Behavior of the American Electorate*. 10th edition. CQ Press, 2002, 220 pp.

Goldstein, Michael L. *Guide to the 2004 Presidential Election*. CQ Press, 2003, 140 pp.

Gregg, Gary L., ed. *Securing Democracy: Why We Have an Electoral College*. ISI Books, 2001, 197 pp.

Maisel, L. Sandy. *The Parties Respond: Changes in American Parties and Campaigns*. 4th edition. Westview Press, 2002, 400 pp.

Moore, John Leo. *Elections A-Z*. 2nd edition. CQ Press, 2003, 614 pp.

Polsby, Nelson W. and Aaron Wildavsky. *Presidential Elections: Strategies and Structures of American Politics*. 10th edition. Chatham House, 2000, 352 pp.

Thomas, Norman G. and Joseph A. Pika. *“Election Politics” in The Politics of the Presidency*. 5th edition. CQ Press, 2001, 510 pp.

Thompson, Dennis. *Just Elections*. University of Chicago Press, 2002, 240 pp.

Traugott, Michael and Paul J. Lavrakas. *Election Polls, the News Media & Democracy*. Chatham House Publishers, 2000, 368 pp.

Traugott, Michael and Paul J. Lavrakas. *The Voter's Guide To Election Polls*. 2nd edition. Chatham House Publishers, 2000, 192 pp.

Wayne, Stephen J. *The Road to the White House*. 2004. 7th edition. Wadsworth Publishers, 2003, 336 pp.

Zogby, John. *Decision 2002: Why the Republicans Gained*. Zogby International, 2003, 234 pp.

WEBSITES

Center for Responsive Politics <http://www.opensecrets.org/home>

Center for the American Woman and Politics <http://www.rci.rutgers.edu/~cawp>

Center for Voting and Democracy <http://www.fairvote.org/>

Committee for the Study of the American Electorate <http://gspm.org.csae>

Democratic National Committee <http://democrats.org/index.html>

Federal & State Election Resources <http://www.llrx.com/columns/roundup25.htm>

League of Women Voters <http://www.lwv.org>
Politics1 – Presidency 2004 <http://www.politics1.com/p2004.htm>

Project Vote Smart <http://www.vote-smart.org>

Republican National Committee <http://rnc.org>

U.S. Federal Election Commission <http://www.fec.gov>

Foreign Press Centers Campaign 2004 Web Links <http://fpc.state.gov/c9752.htm>

Issues of Democracy: Fair and Free Elections, September 1996 <http://usinfo.state.gov/journals/itdhr/0996/ijde/ijde0996.htm>

ARTIKEL

Brooks, David. “One nation, slightly divisible.” *Atlantic Monthly*, Dec. 2001, pp. 53-65. <http://www.theatlantic.com/issues/2001/12/brooks.htm>

Benenson, Bob. “Special Report, Election 2004.” *CQ Weekly*, August 9, 2003, pp. 2010–2014.

Cantor, Joseph E. *Campaign Financing*. Congressional Research Service, Library of Congress, 2002. 14pp. <http://fpc.state.gov/documents/organization/20708.pdf>

Cook, Charles E. “Sweep or split”, *Washington Quarterly*, Autumn 2003, pp. 213-220. http://www.twq.com/03autumn/docs/03autumn_cook.pdf

Dunham, Richard S. “Election '04: Off and Running; With the Presidential primary season now getting into full gear, here are four dynamics that will determine Bush's re-election.(WASHINGTON WATCH)” *Business Week Online*, Sept 2, 2003. http://www.businessweek.com/bwdaily/dnflash/sep2003/nf2003092_1665_db015.htm

Faucheux, Ron. “Early Senate handicapping for '04: short of an across-the-board Bush-Republican collapse, Democrats will have their hands full holding the line on what they already have in the Senate. (On the Record). (Elections United States)”, *Campaigns & Elections*, April 2003, p7.

“Taking Aim At 2004: Can Bush win a second term running on a platform of tanks and tax cuts? An inside look at the campaign playbook.(Nation)” *Time*, May 5, 2003, pp. 32.



Ronald Reagan,
Republikaner
(1981-1989)



George Bush,
Republikaner
(1989-1993)



Bill Clinton,
Demokrat
(1993-2001)



George W. Bush,
Republikaner
(seit 2001)

